

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark...

Der 'Vormärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 9. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Vergewaltigung der Jugend.

Das Lustbarkeitsgesetz - ein neuer Vorstoß der Reaktion.

Das 'Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten', das dem Reichstag jetzt vorliegt...

Das Gesetz bestimmt, daß öffentliche und nichtöffentliche Lustbarkeiten, Schaustellungen...

Sozial Worte - Soziale Fußangeln!

Die Gesetzesmacher denken nicht daran, den Hauptquell dieser Uebel, denen die Jugend ausgeht...

Nach dem Gesetz darf die oberste Landesbehörde - nicht das Reich, sondern jeder Einzelstaat...

Durchführung dieser Ueberwachungen, Kontrollen und Verbote betrauen, es kann der Polizei...

Die Lehrer, die Eltern, die Jugendverbände werden der Willkür und dem Unverstand...

zeitfremder und freudloser Engstirnigkeit ausgeliefert. Die Literatur, die Wissenschaft...

Die angedrohten Strafen sind schwer: Ein Erziehungs-berechtigter, der duldet...

Dies Gesetz bedeutet nicht einen Schutz, sondern eine Vergewaltigung der Jugend. Es soll zur Waffe der Reaktion im politischen Kampf werden...

Dies Gesetz vernichtet die Freiheit der Vereine und Verbände und greift mit roher Faust in das innere Leben der Familie ein...

Gegen dies Gesetz zu kämpfen und es zu Fall zu bringen, ist die Ehrenpflicht jedes aufrechten Menschen...

Der Sozialistische Kulturbund.

Katastrophenpolitik in Danzig.

Der Bürgerblock saniert...

E. L. Danzig, 7. März.

Die Ratstagung des Völkerbundes beschäftigt sich wieder einmal mit Danzig-polnischen Streitfragen. Die Freie Stadt Danzig befindet sich bekanntlich seit Jahresfrist in einer argen Finanzkalamität...

Die Freie Stadt Danzig bekam jetzt eine Bürgerblockregierung, die sich aus Deutschnationalen, Zentrum und Liberalen zusammensetzte. Ihre wichtigste Sanierungsmaßnahme sah diese Regierung in dem Abbau der Erwerbslosenfürsorge...

Während der Rechtsenat bei den Erwerbslosen nicht genug sparen kann, kennt er auf anderen Gebieten diese Sanierungsnotwendigkeit nicht. Danzig leidet an einem von den Deutschnationalen ausgezogenen übergroßen Beamtenapparat...

Ein völliges Fiasko hat der Bürgerblocksenat bei seinen Verhandlungen mit Polen erlitten. Um dem Staat eine größere Einnahmequelle zu verschaffen, soll in Danzig ein Tabakmonopol eingeführt werden...

Eine weitere Differenz zwischen Danzig und Polen ergab sich über die Zollverwaltung. Danzig ist bekanntlich dem polnischen Zollverband angegliedert und erhält dafür eine bestimmte Quote aus den Zolleinnahmen...

Kein deutsches Räumungsverlangen.

Für die Reichsregierung aussichtslos.

V. Sch. Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Nunmehr wird ausdrücklich bestätigt, daß Deutschland auf dieser Tagung keinerlei offizielle Schritte im Sinne der früheren Räumung des Rheinlandes unternehmen wird.

Es ist bemerkenswert, wie leicht die deutschnationale Presse sich mit dieser Zurückhaltung der deutschen Delegation abgefunden hat. Man stelle sich vor, wie die gesamte Reichspressen toben würde, wenn Stresemann als Außenminister einer Reichsregierung...

Chamberlain beteuert Englands Friedensliebe.

V. Sch. Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Gerüchte über die Einkreisungspläne Englands gegen Rußland wollen nicht verkümmern und haben in der Ratifizierung des Bessarabienabkommens durch Italien neue Nahrung gefunden. Deshalb sah sich Chamberlain heute gezwungen, einen Empfang der internationalen Presse zu veranstalten...

Die grotesken Uebertreibungen der kommunistischen und ganz besonders der Moskauer Presse: erschütterte es Chamberlain.

die Dauerhaftigkeit seiner Absichten zu betonen und glaubhaft zu machen. Was insbesondere in den Moskauer 'Iswestija' und in der Berliner 'Roten Fahne' auf diesem Gebiet über besorgniserregende oder gar schon abgeschlossene deutsch-polnisch-englische Verträge behauptet wird...

wenn sich die deutsche und die polnische Armee zur Verfügung Englands stellen! Es lohnt natürlich nicht, gegen solche Phantasien ernsthaft zu polemisieren.

Von deutscher Seite wird jedenfalls erklärt - und zwar unmittelbar nach der zweiten Unterredung zwischen Stresemann und Chamberlain am heutigen Nachmittag - daß keinerlei derartiger Besuch von England unternommen worden ist...

Auf dem Presseempfang geriet Chamberlain in sichtlich Verlegenheit, als man ihn nach der

Vorgeschichte der Ratifizierung des Bessarabien-Abkommens durch Italien

fragte. Er gab zunächst die etwas plump ausweichende Antwort, daß England dieses Abkommen ja längst ratifiziert habe. Die Frage, ob er denn darüber nicht mit Mussolini gesprochen hätte, verneinte er zunächst, um sich gleich darauf zu verbessern: Ja, es solle ihm jetzt ein, daß er sich in Livorno vor mehr als einem Jahr mit Mussolini darüber unterhalten habe...

rumänisch-ungarischen Konflikt.

der die ganze Montagnachmittagssitzung in Anspruch genommen hat. Das ist natürlich nicht wörtlich zu nehmen, aber Tatsache ist, daß man auch in der deutschen Delegation dazu neigt, diesem Problem eine ausgesprochen prinzipielle Bedeutung beizumessen. Es dreht sich letzten Endes darum, ob es einem Staat gestattet sein kann, ein internationales Schiedsgericht aus politischen Gründen durch Zurückziehung seiner Besizer zu sprengen...

Zolleinnahme sicherte als bisher. Dieses Zollabkommen hat der heutige deutsch-nationale Senat nicht ratifiziert, so daß in Genf auch über Einzelheiten dieses Abkommens beraten werden muß.

Ob Danzig auf dieser Ratstagung die erwünschte Völkerbundsanleihe erhält, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Jedenfalls ist durch die deutsch-nationale Außenpolitik in Danzig die Anleihe lange verzögert worden und eine unnötige Verschärfung im Verhältnis Danzigs zu Polen eingetreten. Die deutsch-nationalen hatten auch dieses Fiasko ihrer Politik vorausgesehen und suchten deshalb rechtzeitig nach einem Sündenbock, dem sie alle Schuld aufladen konnten. Vor einigen Wochen inszenierten sie eine ganz schmutzige Kampagne gegen den Kommissar des Völkerbundes van Hamel, über den in der bürgerlichen Presse Deutschlands groß aufgemachte Tendenzmeldungen wegen einer angeblichen Ehebruchaffäre verbreitet wurden. Die deutsch-nationalen Senatoren in Danzig beschloßen sogar den gesellschaftlichen Boykott gegen den Völkerbundskommissar, der sich bisher bemüht hatte, einen Ausgleich in den Danzig-polnischen Streitfragen herbeizuführen. Natürlich wird durch solche deutsch-nationalen Kampfmethoden die freie Stadt Danzig bei ihrem Schutzherrn, dem Völkerbund, nicht gerade beliebt.

Die deutsch-nationale Kraftmeierpolitik des Danziger Rechtsrats hat andererseits auch Polen arg verschreckt, und die Folge ist die, daß es neue Forderungen in bezug auf den Danziger Hafen erhebt. Hier sollen die polnischen Arbeiter in Zukunft ebenso beschäftigt werden wie die einheimischen Danziger Arbeiter. Natürlich wird dadurch die Arbeitslosigkeit der Danziger Arbeiterschaft immer größer. So bedauerlich dieses Vorgehen Polens ist, so sehr ist es durch die deutsch-nationale Außenpolitik des Danziger Senats erst ermöglicht worden. Die Hafenarbeiter und die erwerbslosen Danziger haben es jedenfalls bitter zu spüren bekommen, wohin die deutsch-national-kommunistische Katastrophenpolitik führt.

Verhandlungsabluß in Genf.

Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Danziger Anleihefrage ist am Dienstag endlich in zwei Vollkungen des Finanzkomitees zum Abschluß gebracht worden. Danach ist für die Begrenzung der Kompetenz der polnischen Zollinspektoren in Danzig eine Formel gefunden, die das Entscheidungsrecht ungegliedert dem Danziger Senat zuspricht. Für das Finanzkapital des Tabakmonopols ist folgende Verteilung vorgesehen: 41 Proz. Danzig, 29 Proz. Polen und je 12 Proz. Deutschland, Holland und England. Die vom Völkerbund zu empfehlende Anleihe von 40 Millionen Gulden (Eftelbeirag dürfte nominell sich auf 45 Millionen belaufen. Unabhängig davon darf der Hafenausschuss noch eine Anleihe von 20 Millionen Gulden aufnehmen, aus der 7 Millionen der Stadt Danzig für kurzfristige Anleihen zurückzuzahlen sind. Die Zahlungen, die Danzig an die Reparationskommission zu leisten hat, sind auf 9 Millionen und an die Postkonferenz für die Befugungskosten auf 6 Millionen festgelegt worden.

Die Danziger Delegation hat der Formel zugestimmt. Die Zustimmung Polens liegt noch nicht vor. Für den Fall, daß die Vorlage vom Völkerbundsrat genehmigt wird, gedenkt die Danziger Delegation das Anleihegesetz am 15. März dem Senat vorzulegen.

Wieder ein Landesverratsverfahren.

Gegen ein Berliner Montagblatt.

Die neueste Sauche soll wieder ein Opfer haben: gegen den verantwortlichen Redakteur des Berliner „Montag Morgen“, Dr. Ruppel, ist eine Voruntersuchung wegen Landesverrats eingeleitet worden.

In seinem Blatte war Ende Dezember eine Abhandlung über den auch von uns mehrfach erörterten Fall Dieß erschienen. Der frühere Studienassessor Dr. Dieß in Elber-

feld gilt als der Mann, der zuerst die Aufmerksamkeit auf jene dunklen Verabredungen gelenkt hatte, die zu den Hausdurchsuchungen bei Dieß und Konforten führten. Wegen den Alldeutschen Club „Schwebt“ seit fast einem Jahre das Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat, ohne daß der Oberreichsanwalt zu einer Entscheidung kommen kann.

Dafür leitet er Dutzende von neuen Verfahren ein. Da die Verfolgung der Kommunisten die Zeit nicht ganz ausfüllt, wurde auch Dr. Dieß, der Zeuge gegen die Clafiker, und der dem Zentrum angehörige Studienassessor Goldmann wegen Landesverrats in Haft genommen. Dieses Verfahren hat bereits die lebhaftesten Erörterungen in der Presse hervorgerufen. Der Tatbestand ist so klar, daß eine Entscheidung längst hätte herbeigeführt werden können. Der Staatsanwalt in Elberfeld hatte seinerzeit nach kurzer Untersuchung das Verfahren bereits eingestellt. Es wurde aber wieder aufgenommen. Und nun sitzen die beiden, Dr. Goldmann und Dr. Dieß, seit vielen Monaten in Elberfeld in Haft, weil bei Dieß ein Briefentwurf gefunden wurde, in dem der „Landesverrat“ enthalten sein soll.

Selbst wenn die Leute später vom Reichsgericht freigesprochen werden sollten — was trotz allem, was man beim Reichsgericht erlebt, nicht ganz unmöglich erscheint —, haben sie wenigstens ihr Jahr Untersuchungshaft weg. Inzwischen werden Gutachten oder Gutachten eingeholt, selbstverständlich von interessierten Behörden. In diesem Falle vom Reichswehrministerium, denn in dem inkriminierten Briefe wurde der amerikanischen Regierung der Ankauf einer ballistischen Erfindung (für Geschütze) angeboten, die Goldmann gemacht hatte und die in Deutschland nach dem Friedensvertrag nicht mehr zu verwenden ist.

Aus einem dieser Gutachten, die die Marineabteilung des Reichswehrministeriums erstattet hat, brachte der „Montag Morgen“ einen kurzen Auszug, um das Unhaltbare des Vorgehens gegen Dieß zu erweisen. Dafür wird der Verantwortliche jetzt wegen Verstoßes gegen § 17 des Pressegesetzes, der die Veröffentlichung von Gerichtsakten während eines schwebenden Verfahrens unter Strafe stellt, und wegen Landesverrats verfolgt!

Landesverrat ist nach der Rechtsprechung die Mitteilung solcher Dinge an eine fremde Regierung, die im Interesse des Landes geheimzuhalten wären. Der Landesverratsparagraf des Strafgesetzbuchs wird hier zu einer Fessel für jede Zeitungsaufklärung! Niemand kann annehmen, daß die Zeitung, die sich des verfolgten Dr. Dieß annahm, ihrerseits einer fremden Macht Geheimnisse der Landesverteidigung verraten wollte. Das nimmt nur der Verfolgungseifer des Oberreichsanwalts an. Er macht das Recht auf freie Meinungsäußerung, das die Verfassung festlegt, zur Farce. Er scheint seine Aufgabe darin zu sehen, die denkbar größte Rechtsunsicherheit zu schaffen. Wir erwarten, daß er baldigt einen Leitfaden für alle Deutschen herausgibt, in dem die wenigen Fälle aufgezählt werden, in denen kein Landesverrat verübt wird. Im umgekehrten Falle würde das Heft wahrscheinlich zu stark werden.

2 Jahre Festung für literarischen Hochverrat. Ein Urteil gegen einen kommunistischen Buchhändler.

Leipzig, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) In dem Literaturprozeß gegen den kommunistischen Buchhändler Herzog aus Jena wurde am Dienstag abend noch dreitägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Herzog wurde wegen Vergehens nach §§ 81 und 86 des Reichsstrafgesetzbuchs (hochverräterische Umtriebe) sowie wegen Vergehens nach § 7 Abs. 2 und § 8 des Republikstrafgesetzes sowie wegen Vergehens gegen das Pressegesetz zu zwei Jahren Festung und 200 M. Geldstrafe verurteilt. Durch die erlittene Untersuchungshaft gelten zwei Monate als verbüßt. Eine große Anzahl Schriften, die hochverräterischen Inhalt haben sollen, sowie Platten und Formen sind nach dem Urteil unbrauchbar zu machen.

Der Fall Schweiger.

Von Gustav Mayer.

Am Anschluß an einen kleinen Aufsatz, den ich kürzlich im Archiv für Sozialwissenschaft veröffentlichte, hat der „Vorwärts“ vor einigen Tagen die politische Integrität des nachfolgers Lassalles in der Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf eine Weise beurteilt, mit der ich mich nicht einverstanden erklären kann.

Der Leser erinnert sich, daß in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie kaum eine Frage so unstritten ist wie die, ob August Bebel oder Franz Mehring mit ihrer Auffassung und Beurteilung des Mannes Recht hätten, der den von Lassalle begründeten Arbeiterverein wirklich zu einer Partei ausbaute und als der erste offen sich so nennende sozialdemokratische Abgeordnete einem europäischen Parlament angehört hat. Wie oft hat Bebel im Gespräch und in langen Briefen mich davon zu überzeugen gesucht, daß Schweiger nichts als ein „bezahletes Werkzeug Bismarcks“ gewesen sei, und wie deutlich hat andererseits Mehring, als mein Buch „A. B. v. Schweiger und die deutsche Sozialdemokratie“ erschien, mir seine Befriedigung ausgedrückt, weil ich diese im heißen Kampf entstandene, aber durch keine Beweisstücke gestützte Annahme Bebels nicht zu teilen vermochte. Nun hatte ich jedoch in keinem Augenblick, wie jeder, der mein Buch kennt, mir bezeugen wird, bei der Beurteilung des Mannes Schweiger die Ansicht Mehrings geteilt, der, wie alle Historiker, die eine verkleumdete oder bis dahin zu ungünstig bewertete Persönlichkeit „retten“ sollten, die Schäden, die dem Charakter jener anhaften, entweder übersehen oder gar fortzuschließen, selten aber auf die Frage antworteten, wie es denn eigentlich gekommen sein mag, daß so kompakte Beschuldigungen gegen den betreffenden Politiker erhoben werden und Glauben finden konnten. In bezug auf Bebel und Lur oder Johann Jacoby und Waldeck hätte sich eine derartige Vorgende doch sicherlich niemals bilden können!

Ich selbst habe deshalb in meinem Buch über Schweiger, das ja eigentlich eine Geschichte der gesamten Sozialdemokratie von Lassalles Tode bis zum Einigungskongreß in Solothurn darstellt, von vornherein den Fall Schweiger nicht bloß politisch, sondern auch biographisch-psychologisch angepackt. Dabei gelangte ich zu dem Ergebnis, daß dieser Sohn einer ursprünglich italienischen Adelsfamilie, die verarmt war, dieser früh deflorierte Aristokrat, dieser gänzlich an Machiavellis Schriften sich schulende Politiker von ungewöhnlicher Bildung nicht aus Liebe zu den arbeitenden Klassen, sondern aus Respektiment gegen die Besitzenden, außerdem aber auch — und das ist wichtig — in Erkenntnis der politischen noch völlig brandstiftenden Kraft, die im deutschen Proletariat steckte, den Weg zur Sozialdemokratie gefunden hat. Ich hatte ihn geschildert nicht als Kondottiere, dem es, sofern er nur gut bezahlt wurde, gleichgültig sein durfte, für welche Partei er seine Begabung einsetzte, seine Kräfte spielen ließ, sondern als geborenen Politiker von einem in Deutschland ganz

seltenen Typus, der seine Lebensaufgabe darin suchte, die Kräfte, die in der Masse damals noch unerweckt steckten, zu entbinden, darin vielleicht einem Ingenieur vergleichbar, der davon träumt, die Wellen, die an den Strand branden, durch seine Intelligenz der Güterproduktion dienstbar zu machen.

Daneben betonte ich aber ein zweites, das ich, weil es dem Zweck dieses Aufsatzes dient, hier deutlicher formulieren muß. Auch die moralische Tradition, deren eine Partei, die zur Macht strebt, nicht entraten kann, ist das Produkt geschichtlicher Entwicklung: auch sie ist nicht plötzlich da (in der Regel), sondern bildet sich im Lauf von Jahrzehnten heraus. Lassalle hatte sich in seinem Privatleben so manches erlaubt, was heute mit Recht Gegenstand lebhaftester Kritik bilden würde, wenn Mitglieder der Reichstagsfraktion oder des Parteivorstandes ähnliche Missetaten annehmen würden. Schweiger und sein damaliger Freund und Mitarbeiter Hoffstein, auf den die neu bekanntgewordenen Dokumente allein unmittelbaren Bezug haben, entstammten weder dem Proletariat noch selbst dem kleinen oder großen Bürgertum, sondern sie waren Söhne aristokratischer Familien. In deren Lebensführung galt es damals aber noch als selbstverständliche Voraussetzung, daß es einem niemals an Geld fehlte und eigentlich auch daß man, um seinen Reigungen nachgehen zu können, keinen „bürgerlichen“ Beruf einzuschlagen brauchte. Fehlte es aber trotzdem an Geld, so nahm man es unbedenklich vom Bucherer oder sonst von jedem, der es vorzuschließen oder herzugeben bereit war. Von Buchführung wußte man nichts und hielt eine solche Pedanterie für „leinlich und unter seinem Stand“; allein auf den Zweck konzentrierten sich die Gedanken, danach erst auf die Mittel, deren man benötigte, um diesen Zweck zu erreichen. Als die beiden jungen Adligen, der frühere Frankfurter Advokat und der ehemalige bayerische Offizier, im Einverständnis mit Lassalle, der gleich darauf starb, die Begründung einer sozialdemokratischen Tageszeitung in Berlin ins Auge faßten, benutzten sie für die Kaution, die damals auf der Postzeit deponiert werden mußte, jenes Geld, das ihnen am einfachsten erreichbar war, nämlich die Mithilfe von Hoffsteins Frau, einer geborenen Gräfin von Stradowitz. Doch mit Geld rational zu wirtschaften, hatten sie in den Solons ihrer aristokratischen Eltern nicht so gut gelernt wie z. B. Friedrich Engels im Kantor seiner väterlichen Firma im Wuppertal. Ihre geschäftliche Inkompetenz und ihre Sorglosigkeit in Geldsachen brachten sie deshalb bald in Schwierigkeiten, und um die Zeitung halten zu können, gaben sie sich finanziell in die Hände des Druckers, des Papierlieferanten und wuchernden Geldverleiher.

Nun aber nahte die Entscheidung über die künftige nationale Gestaltung Deutschlands. Bismarck betrachtete in jenem Zeitpunkt, wo er sein waghalsigstes Spiel begann, einen jeden als seinen Bundesgenossen, der nicht wie die Fortschrittler in Schleswig-Holstein einen neuen deutschen Kleinstaat entstehen sehen wollte, der eine Einigung Deutschlands unter preussischer Führung für die durch den Verlauf der Ereignisse allein noch mögliche Lösung der deutschen

Nationale Filmhege.

Gegen das Verbot eines antipolnischen Films.

Der Internationale Filmkongreß, der vor einigen Monaten in Paris tagte, hat sich einmütig dafür ausgesprochen, daß keine Hegefilme mehr gelehrt werden, die die friedlichen Beziehungen der Länder beeinträchtigen könnten. Die deutschen Filminteressenten haben von diesem Beschluß kräftig Gebrauch gemacht, indem sie gegen die weitere Ausführung antideutscher Filme in Amerika und anderen Ländern protestierten. Man sollte denken, was für die anderen Länder recht ist, ist für Deutschland billig. Aber seit dem Wechsel in der Reichsregierung wittert die nationalisierende deutsche Presse Morgenwind. Sie möchte die Filmzensur in ihrem Sinne beeinflussen und bringt dauernd Hegeartikel gegen die Zulassung der großartigen russischen Filme, deren künstlerischen Wert sie selber zugestehen mußte. Da diese Filme rein russische Dinge behandeln, ist nicht abzusehen, welchen Schaden sie in Deutschland anrichten könnten. Aber sie haben natürlich freihändlerische Tendenz.

Einen neuen Anlaß zur Hege findet dieselbe Presse in dem am Montag erfolgten Verbot eines obereschlesischen Propagandafilms „Land unterm Kreuz“. Allen voran gebärdet sich der „Lokal-Anzeiger“ als Vorkämpfer deutscher Interessen gegen die Schmach der deutschen Filmzensur und die Beifiger der Prüfstelle, deren deutsche Bestimmung in Ausführungsstriche gesetzt wird. Dieser Obereschlesienfilm war von der Deulich hergestellt, deren enge Beziehungen zu Hugenberg bekannt sind. Die berechtigten Interessen fehlen also nicht. Es ist nicht verwunderlich, daß die „Kreuz-Zeitung“, die „Tägliche Rundschau“, die „Deutsche Tageszeitung“ usw. und dessen der ausgegebenen Parole folgen und dabei ihre gänzliche Unkenntnis der Vorgänge und des Filmgesetzes bloßstellen! Es wird unbefehlen hingenommen, was die Vertreter der Deulich ausposaunt haben, daß der Film keinerlei Tendenz gegen Polen habe, daß er rein historische Wahrheiten gebe und keineswegs hegerisch sei. Die Filmprüfstelle war offenbar von dem Gegenteil überzeugt, denn sie hat beschloßen, den Film zu verbieten, weil der Film geeignet sei, die Beziehungen Deutschlands zum Ausland zu schädigen. Da die Umwälfer das Filmgesetz nicht kennen, wissen sie natürlich auch nicht, daß der Beschluß der Filmkammer sich durchaus im Rahmen des Gesetzes bewegt. Sie stellen auch die Verhandlung der Kammer völlig unrichtig dar; der Vorsitzende hat in keiner Weise, wie sie behaupten, den Film für harmlos erklärt; er hat nur von seinem Recht Gebrauch gemacht, gegen den Beschluß der Kammer an die Oberprüfstelle zu appellieren. Dagegen hatten sich die Vertreter des auswärtigen Amtes dahin ausgesprochen, der Film solle nicht aufgeführt werden, so lange die Genfer Verhandlungen mit Polen nicht abgeschlossen sind. Da die Filmkammer nicht vorübergehend verboten kann, hat sie ihn eben dauernd verboten. Dann wenn sie ihm freigegeben hätte, könnte er sofort von der Firma herausgebracht werden.

Der Sinn der Hege ist klar: man möchte die Mitglieder der Filmprüfstelle, die noch den Mut der eigenen Überzeugung haben, infamieren, um die künftigen Kammern gefügig zu machen für das Verbot aller freihändlerischen Filme und für die Durchsetzung nationaler Hegefilme. Selbstverständlich ist dieselbe Presse dann auch für die Subventionierung des deutschen Films zu haben unter der Voraussetzung, daß er die Belange des Herrn Hugenberg und Konforten vertrete.

Die ganze Schamlosigkeit dieser Hege wird dadurch beleuchtet, daß derselbe „Lokal-Anzeiger“ in seiner „Nachtausgabe“ vom 8. März alle Register zieht gegen einen antideutschen Hegefilm, der gegenwärtig in San Francisco laufen soll, und ebenso gegen die Vorführung des amerikanischen „Mare-nostrum“-Filmes, der soeben in Paris läuft. Aber für Deutschland nimmt er natürlich das Recht in Anspruch, ebensolche Hegefilme — der Obereschlesienfilm ist nicht nur schädlich, sondern auch dumm — zur Aufpeitschung nationaler Leidenschaften loszulassen. Schon hat der offiziöse Pariser „Temps“ auf den Obereschlesienfilm hingewiesen; es wäre interessant zu erfahren, woher er seine Details hat, die ja eigentlich nur den Herstellern bekannt sein konnten.

Frage anfaß, der sich damit abfand, daß die österröchischen Deutschen dem entstehenden Reiche vorläufig nicht eingegliedert werden konnten. Zu einer solchen Auffassung hatten sich nun aber die Redakteure des „Sozialdemokrat“ im Gegensatz zu Bebel und Liebknecht, obgleich sie als Süddeutsche ihrem Gefühl nach großdeutsch gestimmt blieben, unter dem Zwang der Lage schweren Herzens durchgekämpft. Und ihr Blatt war um so eher bereit, in dieser brennenden Frage Bismarcks Politik, die ihrer Ansicht entsprach, zu unterstützen, als der preussische Ministerpräsident aus freien Stücken sich anschickte, Lassalles wichtigste politische Forderung, das allgemeine gleiche Wahlrecht, auf seine Fahne zu schreiben. Niemals wieder hat Bismarck so bogierig nach Federn und Talenten umschau gehalten, die der öffentlichen Meinung Deutschlands die Unvermeidbarkeit des Weges, den er in der deutschen Frage einschlug, verständlich machen sollten. Schweiger büßte eben wegen Majestätsbeleidigung und anderer politischer Sünden eine Gefängnisstrafe ab, als Hoffstein, der, um den „Sozialdemokrat“ vor dem Untergang zu bewahren, nur noch diesen Weg sah, vermutlich durch Vermittlung Hermann Bogener, von Bismarck die Gefälligkeit angeboten erhielt oder erbat, daß dieser ihm die freie Benennung jener 2500 Taler ermöglichte, die er bei der Polizeikasse als Kaution festgelegt hatte. Es handelte sich bei dieser Transaktion also keineswegs um eine Bestechung, ja selbst nicht um eine Unterfertigung, sondern zunächst bloß um eine Gefälligkeit. Diese aber sollte verhindern und verhindern, daß die einzige sozialdemokratische Zeitung, die es damals in Deutschland gab, ihr Erscheinen einstellte. Eine genaue Nachprüfung der Haltung des Blattes vor und nach jenem Abkommen, die ich vornahm, hat nun nirgends auch nur den geringsten Anhaltspunkt dafür ergeben, daß die Politik des „Sozialdemokrat“ gegenüber der preussischen Regierung daraufhin auch nur die mindeste Veränderung erfahren hätte.

Platz und Zeit reichen nicht, um unseren Gegenstand an dieser Stelle erschöpfend zu behandeln. Wenn aber der „Vorwärts“ wirklich meinen sollte, daß der alte Streit zwischen Bebel und Mehring durch meine jüngste Veröffentlichung endgültig zugunsten von Bebels Auffassung entschieden wäre, so möchte ich gegen eine solche Auswertung der von mir neu mitgeteilten Tatsachen den entschiedensten Widerspruch anmelden. Ein „bezahletes Agent“ ist der, der seiner eigenen Überzeugung entgegen bewußt dem politischen Gegner dient statt der Partei, zu der er sich öffentlich bekennt. Nicht der Schatten eines Beweises liegt vor, daß Schweiger in diesem Sinne gehandelt hätte. Er hat nach besten Kräften — davon bleibe ich nach wie vor überzeugt —, freilich von stärkstem Ehrgeiz getrieben, der Sache des deutschen Proletariats gedient, und deshalb wird er frei und mit Anerkennung in der vordersten Reihe der Männer zu nennen sein, die die Sozialdemokratie aus einer Sekte in eine Partei verwandelt und die die parlamentarische Taktik geschaffen haben, die noch heute im Reichstag von den parlamentarischen Vertretern der arbeitenden Massen befolgt w.

Die neue Mecklenburger Linksregierung.

Genosse Schröder wiedergewählt.

Schwerin, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Mecklenburgische Landtag trat am Dienstag zur Wahl des Ministerpräsidenten zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragten die Kommunisten die Auflösung des Landtags. Der sofortigen Behandlung dieses Antrages wurde von den Deutschnationalen widersprochen. Dann folgte die Wahl des Ministerpräsidenten. Der Abgeordnete Schröder (Soz.) erhielt 25 Stimmen, der Abgeordnete von Brandenstein (Dnat.) 24 Stimmen. Damit ist der gestürzte Ministerpräsident wiedergewählt. Er nahm die Wahl unter Handklopfen im Hause und auf den Tribünen an. Für ihn stimmten Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurden dann nach einer halbständigen Pause sofort die Minister gewählt. Am ersten Wahlgang erhielt der sozialdemokratische Abgeordnete Kisch 24, der völkische Abgeordnete Schade 24 Stimmen, eine Stimme war zerstückelt. Die Stichwahl ergab für Kisch 25 und für Schade 24 Stimmen. Staatsminister Kisch nahm die Wahl an. Im dritten Wahlgang erhielt der demokratische Abgeordnete Dr. Müller 23 Stimmen, der völkische Abgeordnete Dr. Stammer 24 Stimmen, die beiden kommunistischen Stimmen waren zerstückelt. Die Stichwahl ergab für beide Kandidaten je 23 Stimmen, 3 Stimmen waren zerstückelt. Nach der mecklenburgischen Verfassung ist in einer derartigen Situation eine Entscheidung durch das Los herbeizuführen. Es wurde von dem Alterspräsidenten, dem Wirtschaftsparteiler Dr. Diegand, für den bisherigen demokratischen Staatsminister Dr. Müller gezogen. Damit ist das gesamte Staatsministerium in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

Der Landtag wurde daraufhin bis zum 28. März vertagt. In der neuen Sitzung wird über den kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtags Beschluß gefaßt werden.

Gegen die Mieterhöhung.

Ein Protest des Reichsbundes Deutscher Mieter.

Auf Grund des Kabinettsbeschlusses über eine Mieterhöhung von 10 Prozent zum 1. April und eine weitere von 10 Prozent zum 1. Oktober d. J. hat der Gesamtbund des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. nach eingehender Beratung beschloffen, an die Reichsregierung, den Reichsrat, die Landesregierungen und die politischen Parteien sofort mit einem Protest heranzutreten, in dem es u. a. heißt:

„Jede 10 Prozent Mieterhöhung belastet die deutsche Mieterschaft mit jährlich 500 Millionen Mark, den Einzelhaushalt des Inhabers einer Kleinwohnung mit jährlich 20 bis 60 Mark. Bei der jetzigen Wirtschaftslage können die Arbeiter und Angestellten eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht durchsetzen, ganz zu schweigen von den Sozial- und Kleinrentnern, den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, den Angehörigen der freien Berufe, den Heimarbeitern, Kurzarbeitern und Erwerbslosen, die unter der dauernden Verteuerung der Lebenshaltung besonders empfindlich leiden.“

Da die Steigerung des Zinsfußes für die abgewerkelten Hypotheken erst am 1. Januar 1928 eintritt, der erste Termin für die Zahlung der erhöhten Zinsen sogar erst auf den 1. April 1928 fällt, so entfällt jede Notwendigkeit, vor dem 1. April 1928 eine Mieterhöhung einzutreten zu lassen. Wer die Befundung unseres Wirtschaftslebens will, muß jede weitere Minderung der Kaufkraft zu unterbinden suchen; dieser volkswirtschaftliche Gesichtspunkt allein rechtfertigt bereits die Ablehnung jeder Mieterhöhung im jetzigen Zeitpunkt.“

Der Gesamtverband des Reichsbundes Deutscher Mieter richtet deshalb an die Reichsregierung und den Reichsrat die dringende Bitte, den Beschluß auf Mieterhöhung zum 1. April 1927 zurückzuziehen bzw. ihm die Zustimmung zu versagen.

Der finnische Reichstag hat mit 118 gegen 83 Stimmen die Regierung aufgefordert, eine Militärreform vorzulegen; die Dienstzeit soll danach ab 1930 wesentlich eingeschränkt werden, ohne daß die Verteidigungsfähigkeit beeinträchtigt wird.

„Das rote Geheimnis“. Herr Dr. R. E. F. Schmitz aus Berlin hat im vorigen Jahre eine Reise durch Rußland gemacht und eine Filmausbeute mitgebracht, die jetzt in der Ukraine gezeigt wurde. Es ist nach seiner Versicherung die erste ausländische Filmexpedition in Rußland gewesen, und es hat Schwierigkeiten und Mühen genug gekostet, sie zustande zu bringen. Die Fürst von dem Fremden und der erdrückende bürokratische Apparat waren die Hauptnennnisse. Eine strenge Zensur und Grenzkontrolle sorgten dafür, daß nur der Sowjetregierung genehme Aufnahmen herausgelassen wurden. Immerhin ist Dr. Schmitz, der ohne irgendwelchen Auftrag die Reise unternahm und nur objektive Reisebilder zu bringen versprach, wenigstens in Rußland hineingekommen. (Ein „Vorwärts“-Mitarbeiter bekam bekanntlich nicht einmal Einreiseerlaubnis.)

Was hat nun der neueste Filmforscher Rußlands in die Kamera bekommen? Straßenbilder aus Moskau, Odessa, aus einer fälschlichen deutschen Kolonie, Landschaftsbilder von der Krim (Küste) und vor allem interessante Ansichten aus Transkaukasien (Batum und Tiflis), die das Volksleben, bedeutende Gebäude und Ruinen sowie malerische Ausblicke wiedergeben. Außerdem vermittelt er uns Einblicke in das Schmutz-, besonders in Arbeiterkafkasien und kommunistische Hochschulen. Eingehend wird auch die Anstellung und Arbeitserziehung verwahrloster Kinder vorgeführt. So dankenswert das alles ist, wird dadurch das rote Geheimnis offenbar oder verdeutlicht? Herr Schmitz möchte das selber fühlen und ergänzt seine Filmaufnahme durch Berichte persönlicher Erlebnisse und Eindrücke. Er sieht Rußland mit den Augen eines Westeuropäers an, tonisiert die Rückständigkeit und durchgehende Verschlepptheit der kulturellen Entwicklung in diesem Gemenge von 120 Nationen. Der Bolschewismus ist für ihn eine Art Religion, die für Westeuropa unmöglich ist. Das ungeheure Wohnungsproblem in Moskau, die Landflucht, die hohen Preise, die freilich übertrieben wurden, die allgemeine Not traten in dem Vortrag besonders hervor.

Dieser Film sagt zu wenig über das neue Rußland, aber wir begriffen ihn als einen Anfang. Wir wollen und müssen vielmehr authentisches, Wahrheitsgemäßes über Rußland wissen, aber ohne Zensur und Bevormundung.

Fürstenau über den Berliner Opernhausumbau. Im Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin behandelte der technisch und künstlerisch verantwortliche Ministerialrat Dr. Fürstenau in einem Vortrage den viel umstrittenen Umbau der Staatsoper. Seine Ausführungen an Hand der Pläne wollten beweisen, daß die staatliche Bauverwaltung die gestellte Aufgabe, soweit sie überhaupt lösbar war, nach allen Regeln der Baukunst gelöst habe. Interessant war in der Diskussion der scharfe Gegensatz zwischen den Kunst- und Kulturhistorikern. Während die ersteren alles Alte als ästhetisch wertvoll sorgfältig konserviert haben wollten und gegen jede Zerstörung feierlich protestierten, waren die letzteren der Auffassung, daß man dann auch Friedrich III. und Schinkel an den Dränger stellen müßte, deren Platzplan sehr viel zu wünschen übrig ließ.

Vollkühne. Im Theater am Gänseberg wird zurzeit die Erstaufführung von E. M. Weiss' „Gewitter über Ostland“ durch Gerwin Wöckler vorbereitet. Als nächste Regisseurführung inszeniert Dr. Szalewsky „Trollis und Grotte“.

Keine Lösung der Saarfrage.

Der Belgier Lambert bleibt in der Regierung.

V. Sch. Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Eines der Ergebnisse des heutigen Tages ist eine wenig günstige Wendung der Dinge in der Saarfrage. Bisher blieb es allgemein, daß die Zustimmung Deutschlands zur Schaffung einer Eisenbahnschutztruppe durch eine Gegenleistung in der Zusammensetzung der Regierungskommission erleichtert werden würde. Die Nichtwiederwahl des Belgiers Lambert galt als eine Sache, die sich ohne weiteres erreichen ließe; es ist kein Geheimnis, daß die belgische Regierung für diesen Herrn wenig übrig hat, der französische ist als die Franzosen selbst, und der den guten Ruf Belgiens schwer kompromittiert hat. An Vandervelde hat es nicht gelegen, daß Lambert nicht kaltegestellt worden ist, doch konnte er nicht die Initiative dazu ergreifen. Es stellt sich heraus, daß die Franzosen Lambert nicht fallen lassen wollen, wenigstens nicht auf dieser Tagung. Briand steht auf dem Standpunkt, daß Deutschland diesen Wunsch rechtzeitig hätte zur Sprache bringen müssen, also etwa gelegentlich der Dezemberberatung des Rates, damit man Lambert, wie es sonst üblich sei, mit Anstand hätte abblenden können. Statt dessen habe man erst 14 Tage vor der Märztagung den Schritt unternommen. Unter diesen Umständen würde die Wiederwahl Lamberts einer pöblichen Verjagung gleichkommen, wozu sich die Franzosen nicht hergeben wollen. Da Chamberlain ihren Standpunkt billigt, ist die Entfernung Lamberts dies mal kaum mehr zu erwarten. Turnvogel hätte er nunmehr Anspruch auf den Vorschlag in der Saarregierung, aber darüber ist man schon einig, daß das nicht in Frage kommt. Hingegen will man eine Vereinbarung treffen, wonach Lambert in einigen Monaten, spätestens nach einem Jahr, freiwillig zurücktritt.

Die Gegenseite ist sich dessen bewußt, daß diese unbefriedigende Lösung es Deutschland viel schwerer macht, seine Zustimmung zu der im Versailler Vertrag nicht vorgesehenen Schaffung einer Eisenbahnschutztruppe zu geben. Aber man will Deutschland die Zustimmung erleichtern, indem man die Zahl von 800 Mann beträchtlich herabsetzt und auch den weiteren deutschen Wünschen entgegenkommt — zum Beispiel hinsichtlich der Uniformierung der neuen Truppe, ihrer Kasernierung, ihrer Ausrüstung von der militärischen Befehlsgewalt Frankreichs usw. Alles das vermag aber nicht die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß jede Lösung, die keine personelle Veränderung in der Regierungskommission einschließt, für Deutschland und das Saargebiet unbefriedigend bleibt.

Heute Besprechung Stresemann-Jaleski.

Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch wird Stresemann mit dem polnischen Außenminister Jaleski endlich eine Unterredung über die deutsch-polnischen Probleme haben. Es

ist kaum anzunehmen, daß diese Besprechung sofort unmitteldbare Ergebnisse haben wird. Aber die Hoffnung ist berechtigt, daß man der Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen näherkommt. Die englische und die französische Delegation haben bereits in diesem Sinne auf Jaleski eingewirkt.

Der deutsche Gesandte in Warschau ist hier eingetroffen, der polnische Gesandte in Rom kommt auch.

Abfall von Tchangtscholin.

Nachzuzuwachs Kantons.

Die Untergenerale der einzelnen Nachhober Chinas schließen sich immer zahlreicher den Südruppen an. Der Gouverneur der Provinz Anhui ist zu den Kantontuppen übergegangen, ebenso heißt es von dem Gouverneur der Provinz Schansi, die zwischen den Armeen Jeng Yu Hsiang und Tchangtscholin liegt. Damit wäre Tchangtscholin unmittelbar in der Pflanze bedroht, und es besteht Gefahr für Peking. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Schantungstruppen und den Resten der Armee Sun hat sich zerlegt. Sun's Unterbefehlshaber Li konzentriert die Reste der geschlagenen Armee und gefährdet die Stellungen Tchangtschongs.

Der erste Kriegskredit.

London, 8. März. (WTB.) Im Unterhaus brachte heute der Finanzsekretär des Kriegsamtes einen Ergänzungsvorschlag in Höhe von 960 000 Pfund Sterling (rund 19 Millionen Mark) ein, um die Kosten für die Entsendung der Truppen nach China bis zum 31. März zu decken.

In der Debatte nahmen die Redner der Arbeiterpartei Clynnes und Kenworthy Stellung gegen den Vorschlag und übten an der Chinapolitik der Regierung scharfe Kritik. Kenworthy erklärte, die britischen Flottenstreitkräfte hätten zum Schutze der britischen Untertanen in Schanghai genügt; für die Entsendung der Expeditionstruppen habe keine Notwendigkeit bestanden. Wedgewood (Arbeiterpartei) forderte die britische Regierung auf, die chinesische Südrregierung als die Regierung Chinas anzuerkennen.

Japans Verhängnis.

Die neue Erdbebenkatastrophe.

Totio, 8. März. (WTB.) Amlich wird bekanntgegeben, daß in Kyoto 2000 Personen bei dem Erdbeben umgekommen sind. Der Polizeipräsident von Kyoto meldet 1000 Opfer des Erdbebens in Niigama und 4000 in den Nachbarbörtern, die zerstört worden sind.

Betrug, Korruption und Verrat.

Die Mittel des Landbundes auf dem Wege zur Macht.

Seit Deutschland eine Rechtsregierung hat, ist der Landbund im vollen Sinne des Wortes mit allen Mitteln bemüht, seine seit Jahren zusammenfassende Macht neu aufzurichten. Die bisher der Rechtsregierung stehenden Wirtschaftsgruppen haben den Aufbau und die Stabilisierung ihrer Macht nötig wie das tägliche Brot; denn so laut ihre Organe auch schreien, diese Rechtsregierung hat keinen Maßstab im Volke und ist ein Koloss auf tönernen Füßen.

Wohin die Ziele des Reichslandbundes gehen, zeigt jedes Heft seiner Zeitschrift, das sich stolz „Agrarpolitische Wochenchrift“ nennt. Diese Ziele gehen im Endeffekt auf nicht weniger als auf einen Umsturz der Verfassung. „Was die Weimarer Verfassung bringt, hat mit Demokratie nichts zu tun“, so schreibt das Organ des Landbundes in Nummer 8 am 26. Februar. „Zur Demokratie gelangen wir aus der heutigen Scheindemokratie erst, wenn wir das politische Parlament durch eine gleichberechtigte berufstätige Kammer ergänzen.“ Die Macht, die der Landbund und die übrigen in der gegenwärtigen Regierungskoalition stehenden Mächte auf dem Wege der Abstimmung nicht erreichen können, weil die Massen auf die Führung durch Schwerindustrie und Großagrarierum verzichtet, diese Macht soll durch eine Aenderung der Verfassung erschlichen werden.

Die Wege, die der Landbund dabei geht, sind die des demagogischen Betruges und der Korruption. Ein politisches Geschäft, das ausschließlich der Rauberoberung dienen soll, ist für ihn auch die Frage der Stiedlung. Weil der „Vorwärts“ Schein und Wirklichkeit der Stiedlungspolitik des Landbundes rückwärtslos dadurch enthüllt hat, daß er sagte, was ist, daß die Stiedlung ein nacktes politisches Geschäft für den Landbund ist, und daß der Landbund mit der Wiederherstellung einer „ausreichenden Rentabilität der Landwirtschaft“ eine

Stielgerung der Rente des Großgrundbesitzes auf Kosten des Bauerntums und der Konsumtentenmengen

will, dieser Enthüllung der wirklichen Ziele des Landbundes kann sein Zentralorgan nicht stärker entgegengetreten, als daß der „Vorwärts“ „geföhrt“ habe. Weil dem Landbund seit Jahren seine Mitglieder davongekauft sind, weil ihm klar gemorden ist, daß er nur durch die Vergrößerung seines Mittelstandes seine Ziele erreichen kann, läßt er seinen Vorstehenden, Graf Kaikreuth, die deutschen Hausbesitzer und den Mittelstand irreföhren durch die Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft selbst nichts anderes sei als der wahre Mittelstand.

Aber zu den „vornehmsten“ Mitteln des Reichslandbundes auf seinem Wege zur Macht gehört auch, wie man es von ihm nicht anders erwarten kann, die

bedenkenslose und gewissenloseste Korruption.

Er weiß, daß er ohne die großen unabhängigen Bauernorganisationen, die im Reichsbund der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe und im Deutschen Bauernbund vereinigt sind, nichts bedeuten kann. So hilft er, da er durch seine Hintermänner genug Geld zur Verfügung hat, wen er von diesen Organisationen erreichen kann, zum Verrat der Bauern an die Großgrundbesitzer an.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das politische Organ des Deutschen Landbundes, brachte gestern in großer Aufmachung auf der ersten Seite einen Artikel „Die dauerliche Einheitsfront marschiert, Auflösung des Deutschen Bauernbundes, Anschlag der Kernleute an den Reichslandbund“. Den in dieser Heberschrift verkündeten Behauptungen liegen Korruption und Verrat in einem Ausmaß zugrunde, für die der Reichslandbund verantwortlich ist und die auch in der deutschen Öffentlichkeit noch unerörtert sind. Das Vorstandsmitglied Hadbarth des Deutschen Bauernbundes wurde durch hohe Schatzversprechungen zu dem Verrat gebracht, die Organisation des Deutschen Bauernbundes an den Landbund dadurch zu verkaufen, daß er den Angestellten und Kreisvorsitzenden vermachte, sie würden Stellung, Haus und Krage verlieren, wenn sie nicht mit ihren Organisationen sich dem Landbunde anschließen. Beträge, die in die Hunderttausende gehen, stehen dem Landbund für diese Zwecke zur Verfügung. Herr Hadbarth hat in der Tat seine Verräterei so weit getrieben, daß er sich die Klischees des

Organs des Deutschen Bauernbundes angeeignet hat und unter der Firma des Deutschen Bauernbundes seine Verräterei in die Öffentlichkeit lancierte.

Wie es mit dem Hebertritt des Deutschen Bauernbundes tatsächlich steht, zeigt folgende Richtigstellung, die der nur um die Person des Herrn Hadbarth verkleinerte Vorstand des Deutschen Bauernbundes — Hadbarth wurde sofort aus dem Deutschen Bauernbund ausgeschlossen — an die „Deutsche Tageszeitung“ gerichtet hat:

In Nummer 111 der „Täglichen Rundschau“ stellen Sie unter der Heberschrift „Bauernbund und Reichslandbund“ die Behauptung auf, daß neben dem bisherigen Präsidiumsmitglied unserer Organisation, Hadbarth, zahlreiche führende Persönlichkeiten des Bauernbundes, insbesondere die Kreisvorsitzenden aus den Kerngebieten und sämtliche Geschäftsführer zum Reichslandbund übergetreten seien. Diese Behauptungen sind im vollen Umfange un wahr, wie es auch un wahr ist, daß seitens des Deutschen Bauernbundes eine politische Einseitigkeit in Vorbereitung ist. Ich darf wohl auch ohne Hinweis auf § 11 des Verfassungsgesetzes erwarten, daß Sie in lokaler Weise Ihre falschen Behauptungen richtigstellen, wobei es mir persönlich darauf ankommt, daß nicht „familiäre Geschäftsführer“ zum Landbunde übergetreten sind. Mit mir sind alle die Herren als Beamte der Organisation geblieben, die auch gegen eine hohe Bezahlung nicht ihre Gesinnung zu wechseln bereit sind.

Hochachtungsvoll

ges.: Berg.

Generalsekretär des Deutschen Bauernbundes.

Zugleich veröffentlichte der Gesamtverband des Deutschen Bauernbundes folgende Kundgebung:

Vorstand und geschäftsführender Ausschuss des Deutschen Bauernbundes nahmen in heftiger Entrüstung Kenntnis von dem heimlichen Versuch ihres bisherigen Vorstandsmittgliedes Hadbarth, die Organisation des Deutschen Bauernbundes an den Reichslandbund zu verraten. Vorstand und Ausschuss stellen fest, daß Hadbarth hinter dem Rücken der Geschäftsleitung und der Gesamtorganisation unter Aufstellung bewußt un wahrer politischer und organisatorischer Behauptungen hierfür Anhänger zu werben gesucht hat und daß er vorher zu diesem Zweck einen Teil der Beamten unter der Androhung, daß sie Gefahr laufen, beim Bauernbund existenzlos zu werden und dem Versprechen finanzieller Vorteile für später von seiten des Reichslandbundes zu diesem Verrat verführt hat. Vorstand und geschäftsführender Ausschuss stellen diese auf heftiger Stufe stehende Handlungsweise eines Mannes, dem in der Organisation eine besondere Vertrauensstellung anvertraut war, öffentlich an den Pranger und haben darauf mit dem sofortigen Ausschluß desselben aus der Organisation geantwortet. Sie stellen aber auch an den Pranger die Handlungsweise und die Gesinnung derjenigen

Hintermänner, die sich mit diesen Verrätern eingelassen haben und die es mit ihrer Ehre glauben vereinbaren zu können, sich an einer solchen Handlungsweise zu beteiligen.

Vorstand und geschäftsführender Ausschuss erklären, daß der Deutsche Bauernbund nicht daran denkt und nicht daran gedacht hat, die Linien seiner bisherigen Politik zu verlassen und sich der Führerschaft des Reichslandbundes unterzuordnen.

Die Antwort, die hier der Deutsche Bauernbund dem Reichslandbund gegeben hat, gibt nicht nur für die großen vom Reichslandbund unabhängigen Bauernorganisationen, sondern für die gesamte demokratische Öffentlichkeit Deutschlands. Es ist gut, daß die deutsche Öffentlichkeit durch diese Kundgebung wachgerüttelt wird. Sie werden dazu beitragen, den deutschen Bauern zu zeigen, wie der Reichslandbund mit List, Betrug, Fäulnis, Korruption und Verrat wissenschaftlich und wissenschaftlich an die Sonderinteressen der Schwerindustrie und des Großagrarierums angeschlossen will, daß sie aufwachen müssen, bevor es zu spät ist. Der Landbund ist keine Interessenvertretung der Landwirtschaft, er ist eine Organisationsform der schärfsten politischen und schwerkapitalistischen Reaktion.

Um die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Die Bergarbeiter haben Anspruch auf die Siebenstundenschicht.

Der Abbruch der Arbeitszeitverhandlungen im Ruhrbergbau infolge der Arbeiterforderungen hat in der Bergarbeiterschaft böses Blut gemacht. Wenn etwa die Hälfte der deutschen Arbeiter bereits acht Stunden pro Tag arbeitet und wenn man international acht Stunden als normale Arbeitszeit für Leistungen mittlerer Intensität ansieht — warum soll dann der Bergmann nicht eine wesentlich kürzere Arbeitszeit haben? Berggegenwärtig man sich die wirtschaftliche Lage des Bergbaues und den Gesundheitszustand der Bergarbeiter, dann wird das Streben der Ruhrbergleute auf

Erringung der Siebenstundenschicht

nur allzu begründlich.

Die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues hat im letzten Halbjahr 1926 eine wesentliche Besserung erfahren. Die riesigen Halbenbestände sind fast ganz veräußert, ihr Rest ist abgerufen. Während die deutsche Steinkohlenausfuhr 1925 13,645 Millionen Tonnen, die Koksausfuhr 3,775 Millionen Tonnen betrug, stieg 1926 die Steinkohlenausfuhr auf 29,244 Millionen Tonnen, und die Koksausfuhr auf 7,380 Millionen Tonnen; während die Steinkohlenproduktion des Ruhrgebietes im Monatsdurchschnitt im Jahre 1913 9,517 Millionen Tonnen betrug, stellte sie sich für 1926 im Durchschnitt des letzten Halbjahres 1926 auf 10,296 Millionen Tonnen. Pro Mann und Schicht der Belegschaft (d. i. die Gesamtbelegschaft ohne Kolererien, Nebenbetriebe und Bräufabriken) betrug die Förderung im Ruhrgebiet 1913 943 Kilogramm, 1926 1114 und Dezember 1926 1140 Kilogramm. Der Ruhrbergbau hat im letzten Halbjahr 1926

erhebliche Gewinne gemacht.

Diese Gewinne bleiben eine Last, auch wenn man berücksichtigt, daß manches Auslandsgeschäft zu niedrigerem als dem Tagespreis gemacht wurde. Die Aussichten für den Ruhrbergbau sind nach den Mitteilungen des Syndikats und der verschiedensten Gewerkschaften auf längere Zeit hinaus gut. Die Bewertung der Bergwerksaktien

und Kurse an der Börse sind für die Zukunftserwartungen bezeichnend. Die an der Berliner Börse gehandelten Bergwerksaktien wurden Anfang 1926 mit 2,000 Millionen bewertet, am 10. Januar 1927 mit 4,700 Millionen Mark. Harpener Bergbau stand Anfang 1926 auf 114 Proz., Anfang 1927 auf 196 Proz., Deutsch-Luzemburg stieg im gleichen Zeitraum von 99 Proz. auf 182 Proz. Es ist bezeichnend, daß der Ruhrkohlenbergbau

sein Geschäftsgebaren wenig durchsichtig

macht. Er gibt nicht einmal eine einwandfreie Produktionsstatistik, da die geförderte Kohle nicht gewogen wird. Warum unterrichtet man nicht die Öffentlichkeit über die wirklichen Erträge, über die Gewinne aus den Nebenprodukten? Warum, darum!

Die Rehrseite dieser glänzenden Redakte ist der Raubbau, der mit menschlicher Arbeitskraft getrieben wird. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund gab es 1926 73 644 Unfälle, auf 1000 Mann der Belegschaft 217. Im Durchschnitt erlitt also

jeder fünfte Bergmann im letzten Jahre einen Unfall.

Die Krankheitsziffern sind im Ruhrbergbau ebenfalls erheblich gestiegen. Im Jahre 1913 zählte man 268 000 Krankheitsfälle, auf 1000 640, im Jahre 1926 296 683, auf 1000 791. Krankheitsstage entfielen im Jahre 1913 auf ein Mitglied 13,9, auf einen Krankheitsfall 39,7, im Jahre 1926 auf ein Mitglied 29,8, auf einen Krankheitsfall 39,7.

Trostlose Zahlen! Sie sind die Folge der erhöhten Arbeitsintensität. Zehntausende von Arbeitsmaschinen üben ihre nervenzerrüttende Wirkung auf die Bergleute aus. Betriebstechnische Veränderungen, reinerweise Ausfahrt usw. haben zur Folge gehabt, daß

die reine Arbeitszeit unter Tage heute länger als vor dem Krieg ist bei 8 1/2 stündiger Schichtzeit. Auf die Dauer ist die heutige Arbeitszeit für die Bergleute unerträglich und sozialpolitisch unverantwortlich. Wer dem Ruhrgebiet die Ruhe erhalten will, der darf den Kontrast zwischen dem Glanz der Gewinne und dem Ernst der Krankheits- und Unfallziffern nicht leicht nehmen.

Die Wahlen der Berliner Holzarbeiter.

Liste I, Amsterdamer Richtung gewählt.

Die gestrigen Delegiertenwahlen zur Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes gingen unter ziemlich starker Beteiligung vor sich. Rund 12 000 Holzarbeiter gaben in der zweieinhalbstündigen Wahlzeit ihre Stimme ab. Der Wahlkampf wurde mit großer Erbitterung geführt. Die ungewöhnliche Dauerkrise in der Berliner Holzindustrie haben die Kommunisten zu ihren Zwecken gründlich ausgenützt. Sie operierten mit den üblichsten Mitteln und waren nahe daran, die Generalversammlung zu „erobieren“.

Über auch „Die Reformisten“ waren auf dem Posten. Für die Amsterdamer Liste wurden 5775 Stimmen abgegeben, auf die Liste der „Opposition“ entfielen 5364 Stimmen. Damit ist die eine feste Mehrheit der Amsterdamer Richtung gesichert. Die Kommunisten glaubten den Sieg schon in der Tasche zu haben und sind über den Wahlausfall ziemlich enttäuscht. Immerhin haben sie gegen das Vorjahr 500 Stimmen mehr erzielt, während die Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung nur 30 Stimmen mehr zu verzeichnen hat.

Unsere Genossen im Holzarbeiterverband werden aus diesem Ergebnis die Ruheanwendung ziehen und alles daransetzen müssen, daß ihre Ortsverwaltung den Kommunisten auch bei den nächsten Wahlen nicht in die Hände fällt.

Absehung von Betriebsräten.

Ein Antrag der KPD.

Man schreibt uns: Die Reichstagsfraktion der KPD. hat eine Abänderung des Betriebsrätegesetzes beantragt. Hierbei hat sie zum § 41 folgende Abänderung verlangt:

„Der Betriebsrat muß zurücktreten, wenn dies von der Belegschaft gefordert wird. Ueber den Rücktritt beschließt die Betriebsversammlung. Der Beschluß ist gültig, wenn an der Versammlung mindestens die Hälfte der Belegschaft teilnimmt und drei Fünftel der Anwesenden für den Rücktritt stimmen. Ist der Rücktritt des Betriebsrats beschlossen, so ist unverzüglich die Neuwahl einzuleiten.“

Der nach § 2 zu wählende Betriebsobmann muß zurücktreten, wenn die Hälfte der Belegschaft dies verlangt.“

Die Auswirkung dieses Antrages, seine Annahme vorausgesetzt, würde beispielsweise folgende sein: In einem Betrieb von 200 Arbeitern sind 70 Arbeiter organisiert. Es gelingt ihnen, einen aus ihren Reihen zusammengesetzten Betriebsrat zu wählen, für den 110 Arbeiter gestimmt haben. Im Betrieb wird ein Werkverein gegründet. Diesem ist es möglich, die halbe Belegschaft in eine vorgehende Belegschaftsversammlung zu bringen. Jetzt kann mit 70 Stimmen der Geblen und Unorganisierten (also einem Drittel der Belegschaft) der mit Mehrheit gewählte Betriebsrat abgesetzt werden. Dieses Manöver würde mit bombensicherem Erfolg in ungezählten Betrieben vor sich gehen. Das wäre ein probates Mittel, um die freigewerkschaftlichen Betriebsräte, die dem Arbeitgeber un bequem werden, zu beseitigen.

Wenn dieser Antrag Gesetz würde, dann würde der Kampf der Arbeitgeber gegen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte wirksam gefördert werden. Da die Reichstagsfraktion der KPD behauptet, niemals Dummdinge zu machen, müßte man annehmen, daß diese Unterstützung der Arbeitgeber und des Einflusses der gelben Betriebsorganisationen sowie der unorganisierten Arbeiter aus wohlverwogenen Gründen beabsichtigt ist. Vielleicht soll damit einer der vielversprochenen Pfade zur Weltrevolution beschritten werden. Wir dürfen aber wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß es der

Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften möglich sein wird, diese von der kommunistischen Reichstagsfraktion gewünschte und geforderte Unterstützung der gelben und unorganisierten Arbeiterschaft abzuwehren.

Der Streik im Café Michalski.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Eisafflerstr. 86/88 III, wird uns berichtet:

Im Café Schöneberg, Inhaber Michalski, Schöneberg, Hauptstraße 24, dauert der Streik fort; er hat sich sogar ausgedehnt, denn die Gäste streifen mit. In sämtlichen Gastwirtschaften Schönebergs gab es gestern Abend nur ein Gesprächsthema: „Der Streik im Café Michalski“. Die Sympathie der Schöneberger ist zweifellos auf Seiten der Streikenden. Michalski hat sich die Gunst der Schöneberger Bevölkerung gründlich verschertzt.

Selbst war im Krieg ein tüchtiger Wehrsoldat, hat damit noch nicht die Befähigung zum Gastwirt erbracht. Für die um geringen Lohn kämpfenden Angestellten hat Michalski einige Streikbrecher eingestellt, die ihm von dem Deutschen nationalen Kellnerverein in der Köpenickerstraße befohlen wurden.

In den Kriegerat des Herrn Michalski ist der Vorstand dieses Vereins berufen worden, wozu auch der langjährige kommunistische Arbeitslosenrat Böttcher gehört, der früher, als er noch Arbeitsloser von Beruf war, täglich mehrere radikale Purzelbäume schlug und vom „Verrat der Gewerkschaften“ schaltete. Ein Schild im Fenster des Cafés teilt dem Publikum mit, daß den Streikbrechern der Tariflohn bewilligt sei. Mehrere Gäste weigerten sich, den Streikbrechern den zehnprozentigen Aufschlag zu zahlen, weil sie nicht Tarifkontrahenten sind.

Schiedspruch für die Solinger Metallindustrie.

Barmen, 8. März. (WZ.) Der staatliche Schlichtungsausschuss unter dem Vorsitz des Beigeordneten Bragard-Barmen, hat am Sonnabend in der Solinger Metallindustrie einen Schiedspruch gefällt, der wesentlich über den ersten nicht anerkannten Schiedspruch hinausgeht. Unter Verschlebung der Altersgruppen werden die Löhne der Facharbeiter um 8,2 bis 12 Prozent, teilweise bis 20 Prozent, erhöht.

Die Löhne der Arbeiter sollen um 5 Prozent erhöht werden, ebenso die überörtlich gezahlten Löhne.

Der bergische Metallschiedspruch angenommen.

Mettmann, 8. März. (WZ.) Der in der vergangenen Woche vom städtischen Schlichtungsausschuss für das Bergische Land für die Metallindustrie gefällte Schiedspruch hat die Zustimmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände gefunden. Der Schiedspruch sieht mit Wirkung ab 1. März eine Erhöhung der Tariflöhne um 5 bis 8 Prozent vor.

Der polnische Textilarbeiterstreik.

Warschau, 8. März. (WZ.) Die in Lodz führenden Gewerkschaften polnischer Textilarbeiter haben gestern Abend an die Arbeiterschaft der anderen Gewerkschaften in Bielski und Bialystok die Aufforderung ergehen lassen, sich mit den Lodzer Textilarbeitern solidarisch zu erklären und ebenfalls mit dem heutigen Tage in den Ausstand zu treten. Die Presse rechnet damit, daß nunmehr 180 000 Textilarbeiter die Arbeit niedergelegt haben.

Chinesische Gewerkschaftsvertreter beim IGB.

Amsterdam, 8. März. (WZ.) Wie wir erfahren, haben der zurzeit hier weilende Vertreter des chinesischen Gewerkschaftsverbandes Chan Kuen und der beoimächtige Vertreter der Exekutivkomitees der Kuomintang Liauhauing beim Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes angeregt, daß dieser eine Sympathieaktion der europäischen Gewerkschaftsverbände zugunsten Chi-

nas veranlassen möge. Zugleich haben die erwähnten chinesischen Bevollmächtigten den internationalen Gewerkschaftsbund eingeladen, eine Abordnung nach China zum Studium der Organisation der chinesischen Gewerkschaftsbewegung und zur Vornahme einer Untersuchung über die letzten Vorgänge in Schanghai zu entsenden. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird sich in seiner nächsten, für Ende März einberufenen Sitzung mit diesen Anregungen beschäftigen. Die beiden chinesischen Bevollmächtigten beabsichtigen, mit verschiedenen europäischen Ländern enge gewerkschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und Ende März nach China zurückzukehren.

Um die 48-Stundenwoche in England.

Das Parlament für das Washingtoner Abkommen.

In den letzten Sitzungen des Unterhauses war die englische Regierung heftigen Angriffen wegen der noch nicht erfolgten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ausgesetzt. Das Bemerkenswerte an diesen Angriffen war, daß sich der konservative Arbeitsminister einer über die Parteigrenzen hinausgehenden Front gegenübersetzte, deren Kritik an der Haltung der Regierung von den Arbeitervertretern bis zu den Konservativen in gleich scharfer Weise vorgebracht wurde.

Die Debatte eröffneten die Redner der Arbeiterpartei, die darauf hinwiesen, daß mit dem Verschwinden der Arbeiter-Regierung die Nation die Gelegenheit verloren habe, das von einer früheren Regierung Englands gegebene Versprechen der Ratifizierung einzulösen.

Wenn England das Abkommen ratifiziert, seien Deutschland und Frankreich moralisch verpflichtet, diesem Beispiel zu folgen, und die Befürchtung der Regierung, daß Englands Wirtschaft durch eine weiterhin durchgeführte Mehrarbeit auf dem Kontinent geschädigt würde, sei nicht stichhaltig. Die englische Arbeiterpartei lehne jegliche Verantwortung ab, wenn sich das berechnete Mißtrauen der Arbeitermassen gegen die Verbergungs-politik der Regierung in einen aus gesprochenen Haß verwandte. Bei Aufrechterhaltung des augenblicklichen Zwischenzustandes würde die zurzeit den Achtstundentag durchführende Industrie in Kürze zu einer Verlängerung der Arbeitszeit schreiten, aber die Regierung sollte von vornherein wissen, daß die Arbeitervertreter mit aller Macht verhindern würden, daß der englische Arbeiter auf das Niveau eines Attili herabgedrückt würde.

Neben anderen konservativen Rednern erklärte Major Hills, eines der angesehensten Mitglieder dieser Partei, daß die Konservativen sich auf keinen Fall von reaktionären Unternehmern ins Schlepptau nehmen ließen, um ihre Illusionen über eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erfüllen. Englands Interesse, so fuhr der Redner fort, erfordere geradezu die endliche Ratifizierung dieses Abkommens, da der Achtstundentag bei der Industrie zum großen Teil durchgeführt sei und daher durch den Beitritt der anderen Länder nur gewinnen könnte.

Unter heftigen Unterbrechungen von allen Parteien versuchte der englische Arbeitsminister seine Haltung zu verteidigen, konnte jedoch außer einigen Thesen über volkswirtschaftliches Interesse und die noch nicht beseitigten Widerstände der beteiligten Länder des Kontinents gegen die treffenden Reden der verschiedenen Abgeordneten nichts Stichthaltiges vorbringen. Demnach sprach die Aufnahme, die der Arbeitsminister nach dieser Sitzung in der Presse hatte, außerordentlich ungünstig.

Die englische Regierung für Ratifizierung.

London, 8. März. (U.) Wie verlautet, ist Lord Robert Cecil zum Vorsitzenden des Komitees ernannt worden, das sich mit der Frage des Washingtoner Arbeitszeitabkommens zu beschäftigen hat. Man rechnet mit der Entscheidung der Regierung über die Ratifizierung des Abkommens bald nach Rückkehr Lord Cecils aus Genf. Allgemein ist man im Unterhaus der Ansicht, daß sich die Regierung für die Ratifizierung entscheiden wird.

Bearbeiter der Baustellen der Firma Walter Ziegler A.G. Die unterzeichneten Organisationen fordern ihre Kollegen auf, jeweils sie noch Lohnforderungen an die Firma Walter Ziegler A.G. haben, sich unverzüglich bei der zuständigen Organisation zu melden, um ihre Lohnforderungen zu sichern.

Deutscher Baugewerksbund. Zentralverband der Zimmerer. Verband der Affordmaiter.

Die Berliner Jahressitzung des Zimmererverbandes, deren Stellung bisher schon in den Händen der Kommunisten war, erlucht uns, ihren Mitgliedern mitzuteilen, daß bei der Urwahl am 6. März der bisherige Vorstand mit 76 Proz. aller abgegebenen Stimmen wiedergewählt worden ist. Der wiedergewählte Vorstand gehört in seiner Gesamtheit politisch der kommunistischen Partei an. Stichwahl findet nicht statt.

Wir geben diese Mitteilung wieder, um dem Jahressitzungsvorstand der Berliner Zimmerer und der KPD, die Freude über diesen Sieg nicht zu schmälern.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, laden die Gruppen: Kreis I: Gruppenheim Jugendheim Bergstr. 25, Hof. Fortrag: „Jugend und die KPD.“ — Kreis II: Gruppenheim Bezirksjugendheim Städtische Schminnhalle Bismarckstr. 64, Märztag. — Weiskens Gruppenheim Jugendheim Fortstr. 10, Fortrag: „Die Kämpfe der deutschen Gewerkschaften.“ — Kreis III: Gruppenheim Jugendheim Deutsches Frauenheim, Berliner Str. 17, Fortsetzung des Reichstages: „Wirtschaftsnot.“ — Kreis IV: Gruppenheim Jugendheim Oberbaumstr. 10, Zimmer 12, Fortrag: „Arbeitslosigkeit.“ — Baumgartenweg: Gruppenheim Ernststr. 16, Fortrag: „Die Revolution 1848.“ — Kulturteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (6 Uhr): 1. Der Arbeiter. 2. Hans Döberlein, der Anglistische, 8. Uhr der Stammtisch.

Jugendgruppe des IGB. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Kreis I: Gruppenheim Jugendheim Bergstr. 25, Fortsetzung der Arbeitstagen (Schumann). — Kreis II: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis III: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis IV: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis V: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis VI: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis VII: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis VIII: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis IX: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis X: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XI: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XII: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XIII: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XIV: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XV: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XVI: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XVII: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XVIII: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XIX: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XX: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XXI: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XXII: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XXIII: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XXIV: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XXV: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XXVI: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XXVII: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XXVIII: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XXIX: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum). — Kreis XXX: Gruppenheim Hauptstr. 13 (Frankenbaum).

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Freitag, 11. März, 6 Uhr, in den Andros-Hallen, Androsstr. 21, Funktionärsversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 2. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 3. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 4. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 5. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 6. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 7. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 8. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 9. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 10. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 11. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 12. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 13. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 14. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 15. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 16. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 17. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 18. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 19. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 20. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 21. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 22. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 23. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 24. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 25. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 26. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 27. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 28. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 29. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 30. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 31. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 32. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 33. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 34. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 35. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 36. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 37. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 38. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 39. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 40. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 41. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 42. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 43. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 44. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 45. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 46. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 47. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 48. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 49. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 50. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 51. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 52. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 53. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 54. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 55. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 56. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 57. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 58. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 59. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 60. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 61. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 62. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 63. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 64. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 65. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 66. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 67. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 68. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 69. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 70. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 71. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 72. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 73. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 74. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 75. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 76. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 77. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 78. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 79. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 80. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 81. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 82. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 83. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 84. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 85. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 86. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 87. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 88. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 89. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 90. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 91. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 92. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 93. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 94. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 95. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 96. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 97. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 98. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 99. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 100. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 101. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 102. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 103. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 104. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 105. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 106. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 107. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 108. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 109. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 110. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 111. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 112. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 113. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 114. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 115. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 116. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 117. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 118. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 119. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 120. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 121. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 122. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 123. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 124. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 125. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 126. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 127. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 128. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 129. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 130. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 131. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 132. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 133. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 134. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 135. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 136. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 137. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 138. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 139. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 140. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 141. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 142. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 143. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 144. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 145. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 146. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 147. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 148. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 149. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 150. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 151. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 152. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 153. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 154. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 155. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 156. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 157. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 158. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 159. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 160. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 161. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 162. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 163. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 164. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 165. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 166. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 167. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 168. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 169. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 170. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 171. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 172. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 173. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 174. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 175. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 176. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 177. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 178. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 179. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 180. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 181. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 182. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 183. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 184. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 185. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 186. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 187. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 188. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 189. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 190. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 191. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 192. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 193. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 194. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 195. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 196. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 197. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 198. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 199. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 200. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 201. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 202. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 203. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 204. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 205. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 206. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 207. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 208. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 209. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 210. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 211. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 212. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 213. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 214. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 215. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 216. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 217. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 218. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 219. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 220. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 221. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 222. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 223. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 224. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 225. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 226. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 227. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 228. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 229. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 230. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 231. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 232. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 233. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 234. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 235. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 236. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 237. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 238. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 239. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 240. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 241. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 242. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 243. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 244. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 245. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 246. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 247. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 248. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 249. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 250. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 251. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 252. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 253. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 254. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 255. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 256. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 257. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 258. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 259. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 260. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 261. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 262. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 263. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 264. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 265. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 266. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 267. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 268. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 269. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 270. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 271. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 272. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 273. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 274. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 275. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 276. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 277. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 278. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 279. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 280. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 281. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 282. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 283. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 284. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 285. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 286. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 287. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 288. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 289. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 290. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 291. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 292. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 293. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 294. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 295. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 296. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 297. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 298. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 299. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 300. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 301. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 302. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 303. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 304. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 305. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 306. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 307. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 308. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 309. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 310. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 311. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 312. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 313. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 314. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 315. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 316. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 317. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 318. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 319. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 320. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 321. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 322. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 323. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 324. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 325. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 326. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 327. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 328. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 329. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 330. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 331. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 332. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 333. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 334. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 335. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 336. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 337. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 338. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 339. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 340. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 341. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 342. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 343. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 344. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 345. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 346. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 347. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 348. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 349. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 350. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 351. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 352. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 353. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 354. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 355. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 356. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 357. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 358. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 359. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 360. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 361. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 362. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 363. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 364. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 365. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 366. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 367. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 368. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 369. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 370. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 371. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 372. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 373. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 374. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 375. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 376. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 377. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 378. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 379. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 380. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 381. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 382. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 383. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 384. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 385. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 386. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 387. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 388. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 389. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 390. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 391. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 392. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 393. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 394. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 395. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 396. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 397. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 398. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 399. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 400. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 401. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 402. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 403. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 404. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 405. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 406. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 407. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 408. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 409. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 410. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 411. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 412. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 413. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 414. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 415. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 416. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 417. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 418. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 419. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 420. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 421. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 422. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 423. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 424. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 425. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 426. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 427. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 428. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 429. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 430. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 431. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 432. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 433. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 434. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 435. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 436. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 437. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 438. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 439. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 440. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 441. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 442. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 443. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 444. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 445. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 446. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 447. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 448. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 449. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 450. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 451. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 452. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 453. Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. 454.

Sachverständige über Ehepaar Jürgens

Das Gericht kam gestern noch einmal auf die Darlehensaufnahme in Höhe von 2000 Mark bei der Beamtenzentralbank in Berlin zurück, über die zunächst der Bankbeamte Kries berichtete. Den Darlehensantrag habe Frau Jürgens „für Herrn Landgerichtsdirigenten Jürgens“ unterzeichnet. Der Angeklagte stellte hierzu fest, daß dieses Darlehen bis auf etwa 40 Mark abbezahlt sei. Im Anschluß hieran wurde die Aussage des erkrankten Direktors Waldmann von dieser Bank verlesen, der kommissarisch vernommen worden war. Waldmann hat ausgesagt, daß Jürgens seine gesamte Schuld bei den Darlehensverhandlungen auf 2000 Mark angegeben und die Frage nach weiteren Schulden verneint habe. Es sei ihm ausreichend Zeit zur Ueberlegung vor Unterzeichnung des Schuldscheines gelassen worden.

Dann kamen die medizinischen Sachverständigen zu Worte, und zwar zunächst Gefängnisarzt Dr. Hirsch, der unter Hinweis auf die von der Verwandtschaft der beiden Angeklagten ausgestreuten, zum Teil recht häßlichen Bemerkungen einleitend erklärte, daß irgendwelche

Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Ehemannes Jürgens nicht bestanden.

Im Verlauf seines Gutachtens kam Dr. Hirsch auch auf den Lebenslauf des Angeklagten und hierbei auf seine hannoversche Tätigkeit zu sprechen. Jürgens habe ihm, dem Arzt, hierzu erzählt, er habe in Hannover zahlreiche Schlemmerstätten und Tanzlokale auf Befehl des kommandierenden Generals aufheben müssen. Dadurch habe er sich dort viele Feinde gemacht. Alles übrige, was hinsichtlich seiner hannoverschen Tätigkeit behauptet worden sei, habe er als Erfindung des dortigen Arbeiter- und Soldatenrates bezeichnet. Nach der Revolution habe man ihn sehr verfolgt, und er sei schließlich von Hannover fortgegangen, wobei ihm seine jetzige Frau dadurch das Leben gerettet habe, daß sie ihn im Hotel, wo er vom Arbeiter- und Soldatenrat überrascht worden war, versteckte. Von Kassel sei er dann auf die Zulassung freien Geleits nach Hannover zurückgekehrt, um sich den Gerichten zu stellen, sei aber trotzdem vom Arbeiter- und Soldatenrat zunächst eingesperrt worden, bis er auf Grund der Einstellung sämtlicher gegen ihn schwebenden Verfahren freigelassen wurde. Von dem Landtagsabgeordneten Hellmann sei er dann in das preussische Ministerium des Innern berufen worden zur Bearbeitung des Meldebüros und der politischen Postzeit, sei aber von dort bald wieder zur Justiz zurückgekehrt. Der Arzt berichtete dann weiter, daß die Verwandten Jürgens alle möglichen Behauptungen über ihn aufgestellt hätten, so auch, daß er sich sittliche Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen. In Stargard, so habe Jürgens weiter erzählt, habe man ihn nicht gleich im Offizierskasino aufgenommen, weil die Offiziere ihn mit Hinblick darauf, daß er von der Regierung in Berlin kam und im Verdacht stand, zu den linksgerichteten Kreisen zu gehören, zunächst vorsichtig beobachteten. Das Verhältnis zwischen der Frau Kugler und den Eheleuten Jürgens sei schlecht gewesen. In psychiatrischer Hinsicht sei Jürgens ein Mann, der sich zu konzentrieren vermöge und durchaus wisse, worauf es ankomme. Körperlich habe er naturgemäß unter der Haft gelitten. Frau Jürgens will die Tochter eines Hegemeisters der Fürsten Hofkapelle sein; sie habe angegeben, daß sie schon als Kind einen Hang gehabt habe, leichtsinnig mit Geld umzugehen. Bei der Schilderung ihres Lebenslaufes berührte der Arzt oberflächlich die Zeit, die Frau Jürgens als Stütze in verschiedenen rheinischen Städten verbracht hat, und wobei sie nach der Äußerung des Dr. Hirsch

verschiedene törichte Streiche verübt

habe. Vor ihrem Mann, der ebenso verliebt in sie gewesen sei, wie Kugel, habe sie große Furcht gehabt und ihm deshalb viel verschwiegen. Frau Jürgens, die auch an Herzschwäche leidet, sei eine leicht erregbare Frau, sie sei anders als Jürgens zu beurteilen. Sie habe eine leichte Hand gehabt, zumal ihr erster Mann sehr reich war. Sie sei gutberzig und optimistisch veranlagt. Bei solchen Persönlichkeiten komme bei impulsiven Handlungen unter Umständen der § 51 in Frage, wengleich ein Ausschluß ihrer freien Willensbestimmung nicht vorliege. Für den Fall, daß sie schuldig befunden werden sollte, müsse das Gericht auch im Hinblick auf ihre

Beronaussicht und Hysterie (sie hat eine Reihe von Operationen durchgemacht), annehmen, daß sie nur vermindert verantwortlich sei, und zwar in einem nicht unerheblichen Grade. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Frau Jürgens wohl imstande gewesen sei, die Marmorbüste und Säule umzulegen, erklärte der Arzt, daß er das für sehr unwahrscheinlich halte; er selbst sei nicht imstande gewesen, die Büste zu heben. Jürgens bemerkte hierzu, daß seine Frau niemals etwas habe heben können, nicht einmal einen Wäschekorb.

Professor Strauch, der sich lediglich über die seelische und körperliche Verfassung der Frau Jürgens äußerte, verwies darauf, daß Frau Jürgens in erster Ehe an der Seite eines lebenslustigen Mannes gelebt habe. Ihre zweite Ehe stand in einem völligen Kontrast zu diesem Leben, denn sie kam zu einem schlichten einfachen Beamten, der ihr wegen seiner politischen Verfolgung kein ruhiges Heim bieten konnte, der zudem eine kalte, herrische Natur war und ihr Furcht einflößte. In psychischer Hinsicht sei sie durchaus gesund, aber in gewisser Hinsicht belastet. Zur Frage des Kreditwinkels wäre auf jeden Fall ihre Reichlichkeit zu berücksichtigen. Hinsichtlich des Vorwurfs des Reineides müsse das Gericht auch erwägen, daß sie zur Zeit der Potentatverkaufsverhandlungen, kurz nach dem Tode ihres Gatten, seelisch stark erschüttert gewesen sei. Von der Anwendung des § 51 könne keine Rede sein. Es folgte dann die Verlesung einer Reihe von Schriftstücken, die sich auf die Verhandlungen über den Verkauf der Kuglerschen Patente bezogen. Bei dieser Verlesung wurde Jürgens ziemlich nervös und erklärte schließlich erregt: **Vielleicht verzichtet der Herr Oberstaatsanwalt auf die Verlesung dieser Briefe, wenn ich ihm erkläre, daß ich namens und im Auftrag meiner Frau mich bei der Coporatorgesellschaft wiederholt brieflich nach der Bewertung der Patente und nach den Kassenständen erkundigt habe.**

Ich hielt mich als Ehemann für verpflichtet, meiner Frau in der Verwaltung ihres Vermögens ab und zu beizuhelfen.

Schließlich muß ich doch auch mit meinen Nerven haushalten, und die Verhandlung dauert doch nun schon 14 Tage. Was will denn der Herr Oberstaatsanwalt mit diesen Briefen beweisen, es wird ja von mir nichts bestritten. Auf Wunsch des Oberstaatsanwalts wurde aber die Verlesung dieses Briefwechsels zwischen Jürgens und der Coporatorgesellschaft, der sich über die Zeit von August 1920 bis Ende 1925 erstreckt, fortgesetzt. Nach Verlesung der Protokolle über die kommissarischen Zeugenvernehmungen sowie weiterer Urkunden beantragte der Oberstaatsanwalt die Verlesung des Briefes des Angeklagten Jürgens an den Reichsanwalt Neumann in Leipzig, in dem er um Erwägungen darüber bat, ob er in Anbetracht des Einbruchdiebstahls in Stargard — da er gewissermaßen ein Opfer seines Berufs geworden sei — nicht eine Entschädigung vom Reiche erhalten könne. Von der Verlesung dieses Briefes wurde jedoch Abstand genommen, da Jürgens betonte, er habe sich nach der ganzen Sachlage zu diesem Antrag für berechtigt gehalten. Nachdem die Verteidigung sich noch einige Eventualanträge vorbehalten hatte, wurde um 1 Uhr nachmittags die Beweisaufnahme geschlossen und die Verhandlung auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt, und zwar wird dann sofort Oberstaatsanwalt Jordan-Stargard mit seinem Plädoyer beginnen. Das Urteil wäre dann für Donnerstag zu erwarten, falls nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten.

Die Beweisaufnahme ist somit schneller zu Ende gegangen, als allgemein erwartet wurde. Die psychiatrischen Gutachten haben nicht viel Neues in das Gesamtbild vom Zusammenleben des Jürgenschen Ehepaars hineingetragen, auch in bezug auf die Persönlichkeiten der beiden Angeklagten, die während der zweiwöchigen Verhandlung (darf genug hervorgehoben werden, haben sie nichts Wesentliches gebracht. Das Eigentümliche bei dieser Prozeßführung war aber, daß man von der Entwicklung und dem Werdegang der Angeklagten nichts aus ihrem eigenen Munde, sondern aus dem der Psychiater erfahren mußte und daß man diese Kenntnis erst am Schluß der Gerichtsverhandlung und nicht, wie dies üblich ist, am dem Anfang derselben erhalten hat. Die Persönlichkeit der Angeklagten bildet aber in der Regel die Grundlage zur Beurteilung der Handlungen, die ihnen zur Last gelegt werden. Man hat auch sonst den Eindruck, daß

über verschiedene Punkte aus dem Leben des Ehepaars Jürgens, die für das Gericht von Bedeutung sein könnten, einfach hinweggegangen worden ist. So erfährt man z. B. nichts über die Tätigkeit des Angeklagten Jürgens in Hannover, die ja bald nach Bekanntwerden der ihm zur Last gelegten Handlungen Gegenstand breiter Erörterungen in der demokratischen Presse gewesen ist. Landgerichtsdirektor Jürgens versprach am Anfang der Gerichtsverhandlung Seite für Seite das Buch seines Lebens vor den Richtern aufzuschlagen; dies zu tun hat er unterlassen. Bedeutsam war aber die finale der Beweisaufnahme: Jürgens, der am ersten Tage mit der größten Entschiedenheit behauptet hatte, sich in keiner Weise um die Vermögensverhältnisse seiner Frau und um deren Verwaltung gekümmert zu haben, mußte gestern in aufgeregtem Ton erklären, daß er es als Ehemann für seine Pflicht gehalten habe, seiner Frau immer wieder in ihren Vermögensangelegenheiten beizuhelfen. Also eine gewisse Leichtfertigkeit scheint bei der sonstigen Entschiedenheit des Auftretens diesem Manne doch innewohnen. Dieser Umstand gestattet aber, gewisse Schlüsse hinsichtlich der Reineidanklage zu ziehen.

Krankenkassen und Kurpfuschertum.

Auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums sprach gestern Genosse Hellmuth Behmann, der Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, über dieses Thema. Er ging davon aus, daß auf Grund des § 122 der Reichsversicherungsordnung die Krankenkassen ärztliche Behandlung nur durch approbierte Ärzte gewähren können. Hilfeleistungen durch andere Personen sind nur in Notfällen, oder wenn sie vom Arzt angeordnet werden — z. B. Massagen — gestattet. Da 55 Prozent des deutschen Volkes in den Pflichtkrankenkassen versichert sind, kann Deutschland nicht, wie es verschiedene Vordenker raten, als das Land der Kurpfuscherei bezeichnet werden. Die Ursache des Zuspruchs bei den Valenbehandlern beruht auf dem geschwundenen Vertrauen zu einem großen Teil der Ärzte. Dann stehen auch zahlreiche Rassenvertreter auf dem Standpunkt, daß nicht jeder nichtapprobierte Krankenbehandler als Kurpfuscherei zu bezeichnen sei, so wenig wie die ärztliche Approbation ein Beweis für das Können ihres Inhabers sei. Trotzdem konnte sich der Hauptverband der deutschen Krankenkassen nicht zu einem Sprachrohr der Volksheilbewegung machen, da sie einestells durch den § 122 RVO. gehindert sind, andererseits eine Kontrolle gegenüber den Valenbehandlern fehlt und von seiten der chemisch-pharmazeutischen Großindustrie auf diesem Gebiet eine strupellose Propaganda getrieben wird. Leider sprach sich der Redner nicht näher über die Stellung des Verbandes zu den Bestrebungen für naturheilmäßige Lebensweise usw. aus, die in weiten Arbeiterkreisen Anhänger zählt. Er ging von der Tatsache aus, daß in Deutschland als dem von ärztlicher Seite viel geschmähten Lande der Kurierfreiheit der Gesundheitszustand nicht allein ebenso gut, sondern besser ist als in vielen Ländern, in denen nur approbierte Ärzte die Krankenbehandlung ausüben dürfen. Er verlangte zu einer wirksamen Bekämpfung des strupelosen Kurpfuschertums ein enges Zusammenarbeiten zwischen Krankenkassen und Ärzteschaft. Dies ist aber nur möglich, wenn der Arzt, der Rassenprognos ausübt, auch genügend mit den Grundfragen der sozialen Hygiene und den sozialen Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung vertraut ist. Ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung des Kurpfuschertums ist eine weitestgehende gesundheitliche und hygienische Belehrung der Bevölkerung in Schrift, Wort und Bild. Aber die beste Möglichkeit besteht darin, daß die Krankenkassen in die Lage versetzt werden, ihre Leistungen für die Versicherten und deren Angehörige in weitestgehendem Maße auszubauen.

Autounfall der Kammerfängerin Emmi Leisner.

Die bekannte Berliner Kammerfängerin Emmi Leisner, die in der Spichernstraße 15 zu Wilmersdorf wohnt, wurde gestern nachmittag von einem schweren Autounfall betroffen. Die Künstlerin befand sich mit einer bekannten Dame in einer Kraitdroschke auf dem Heimwege. An der Kreuzung des Südwesttorso und der Laubenheimer Straße stieß die Droschke mit einem Geschäftswagen zusammen. Der Anprall war so heftig, daß beide Insassen von ihren Sitzen geschleudert und erheblich verletzt wurden. Frau Leisner erlitt eine nicht unbedeutende Kopfverletzung, ihre Begleiterin kam mit leichten Verletzungen

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

Einen Augenblick Stille.

„Ihr Vater ist gern bereit, alles Böse, das Sie ihm angetan haben, zu vergessen. Kehren Sie reuig nach Hause zurück, bitten Sie ihn um seine Verzeihung und versprechen Sie ihm auch, diese Frau sofort aufzugeben.“

„Diese Frau?“ Welche Frau meinen Sie?“

„Stellen Sie sich nicht so unschuldig.“

„Herr Pastor, ich gebe Ihnen mein Wort, daß ich nicht weiß, was . . .“

„Stürzen Sie sich nicht in Verdammnis, Unglücklicher. Wie, Sie wagen es noch, nachdem ich Ihnen das Evangelium vorgelesen habe, so ruhig zu lägen? Nun sehe ich, wie recht Ihr Vater hatte: Sie sind so tief gesunken, daß Sie die beiden Wege nicht mehr unterscheiden können.“

„Herr Pastor, Sie können nicht von mir verlangen, daß ich eine Sünde eingestehen soll, die ich niemals begangen habe. Ich weiß gar nicht, von welcher Frau die Rede ist.“

Er nahm die Bibel.

„Bitte, Herr Pastor, keine Bibelsprüche, sagen Sie mir doch die Wahrheit.“

Er warf mir einen strengen Blick zu und ich verstand, daß ich ihn sehr verletzt hatte. Wie konnte ich seine geistliche Würde vergessen!

„Die Wahrheit! Es ist seltsam, daß dieses Wort über Ihre Lippen kommt.“

„Es kommt hier über meine Lippen, als Sie glauben, Herr Pastor,“ erwiderte ich und stand auf.

„Zeugen Sie also, daß Sie Beziehungen zu einer Frau haben?“

„Beziehungen? Welcher Art sollten sie sein?“

„Vertraute Beziehungen.“

„Ach so, eine Geliebte! Ich soll also eine Geliebte haben, nun und was weiter?“

„Was weiter? Unselbiger, Sie lassen sich auf den Pfad der Sünde und Schande ziehen, durch eine Person, die seit zwanzig Jahren der Gegenstand des Abscheus für alle Böster und Mütter ist, stürzt sie doch die Söhne der unglücklichen Eltern ins Verderben.“

„Wissen Sie, wer es ist?“

„Nun gestehen Sie ja endlich!“

„Ich gestehe gar nichts, denn ich weiß nicht, was Ihre Anspielungen bedeuten.“

„Aber gestehen Sie doch, erklären Sie mir, welchen Reiz eine fünfundvierzigjährige Person auf einen jungen Mann Ihres Alters ausüben kann?“

Diesmal glaubte ich verstanden zu haben, ich errötete und erblichte abwechselnd und begann zu zittern.

„Herr Pastor,“ fragte ich heftig, „hat er Ihnen den Namen dieser Frau genannt?“

„Ihr Vater hat die Verschwiegenheit gewahrt.“

„Aus Gemeinheit, aus Gemeinheit. Jetzt verstehe ich. Das ist die ruchloseste Verleumdung, die man erfinden konnte.“

„Warum beharren Sie in der Lüge?“ fuhr er in einem traurigen Ton fort, der mir auf die Nerven ging.

„Herr Pastor, ich sehe, daß ich hier nichts mehr zu suchen habe.“

Und ohne seine Antwort abzuwarten, ging ich zur Tür. Er machte eine ungeduldige Handbewegung.

„Warten Sie,“ befahl er.

Ich blieb an der Tür stehen, die Hand an der Klinke.

„Kennen Sie die Parabel vom verlorenen Sohn?“

„Sicherlich.“

„Ich gebe Ihnen einen letzten Rat: Folgen Sie seinem Beispiel.“

„Niemals, Herr Pastor.“

„Hüten Sie sich, der Fluch des Ewigen wird Sie treffen.“

„Gott wird wissen, was er zu tun hat,“ entgegnete ich mit eisiger Stimme und verließ das Zimmer; er erwiderte meinen Gruß nicht. Als ich auf der Straße war, begann ich unbewußt zu laufen. Die Ruchlosigkeit war so groß, daß ich gar nicht daran glauben konnte. Ich kam an das Rhonenerufer und ging durch die Allee, die so einsam ist. Weithin war kein Mensch zu sehen; ich legte mich auf eine Bank und barg meinen Kopf in die Hände. Tausend Gedanken durchkreuzten mein Hirn, ich konnte aber keinen einzigen festhalten.

Endlich stand ich auf und ging langsam nach Hause. Ich war fest entschlossen, meiner Mutter alles zu erzählen. Der vergangene Samstag fiel mir ein. Seit der letzten Beschuldigung waren wir schon recht weit gekommen, aber warum regte mich diese neue Verdächtigung mehr auf, als die frühere? Wahrscheinlich, weil die erstere so hinüberbrannt war, daß sie niemand in der Welt glauben konnte, während die heutige Verdächtigung nach und nach Gestalt annahm, und je mehr

Zeugen man dafür hatte, um so glaubwürdiger mochte sie erscheinen.

Ich war vor die Tür unserer Wohnung gekommen. Als ich eintrat, fand ich André im Korridor.

„Guten Abend,“ murmelte ich und ging weiter.

„Guten Abend! Hat der junge Herr wieder ein Rendezvous mit seiner Dulzinea gehabt?“

Ich blieb gar nicht stehen und gab ihm keine Antwort. Im Speisezimmer fand ich Vater, Mutter, Alice und Paul. Der Tisch war abgeräumt.

„Wie spät du kommst!“ sagte die Mutter. „Ich habe dein Essen warmgestellt. . . Du bist ganz blaß.“

„Mama, ich habe dir etwas zu sagen.“

„Komm, ich gebe dir dein Essen.“ Sie ging mit mir in die Küche.

„Was ist geschehen, sag mir's, ich bin sehr beunruhigt.“

„Ich weiß gar nicht, wie ich es dir erzählen soll, es ist so schrecklich.“

„Ist etwas im Bureau passiert?“

„Nein.“

Mit schneidender Stimme fragte ich: „Weißt du, daß er (ich zeigte mit dem Finger auf das Speisezimmer, ich konnte das Wort Vater nicht aussprechen) zum Pastor Dubois gegangen ist?“

„Nein, aber wie so weißt du es?“

Ich zeigte ihr die Karte, die ich bekommen hatte, und berichtete mit ein paar Worten alles. Als ich geendet hatte, schüttelte sie den Kopf: „Das ist ja ganz unmöglich. Sicherlich hat der Pastor übertrieben.“

„Wie hätte er denn übertreiben können?“

„Nein.“

Mit schneidender Stimme fragte ich: „Weißt du, daß er (ich zeigte mit dem Finger auf das Speisezimmer, ich konnte das Wort Vater nicht aussprechen) zum Pastor Dubois gegangen ist?“

„Nein, aber wie so weißt du es?“

Ich zeigte ihr die Karte, die ich bekommen hatte und berichtete mit ein paar Worten alles. Als ich geendet hatte, schüttelte sie den Kopf: „Das ist ja ganz unmöglich. Sicherlich hat der Pastor übertrieben.“

„Wie hätte er den übertreiben können?“

„Das ist stark, ich werde mit ihm darüber sprechen,“ flüsterte die Mutter.

(Fortsetzung folgt.)

davon. Die Verunglückten begaben sich sofort in ärztliche Behandlung und konnten später in ihre Wohnung geleitet werden. Beide Kraftfahrzeuge wurden so schwer beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten. Die Schuldfrage konnte noch nicht völlig geklärt werden.

Das letzte Kapitel.

Eine Gedächtnisfeier für Dorothea Weber.

Die kleine schmucklose Kapelle des Friedrichshagener Friedhofes ist zum Bersten voll, was drinnen nicht mehr Platz findet, steht in Gruppen, leise aber heftig gestikulierend, am Friedhofesplatz. Drinnen sendet der Pfarrer einem jungen Menschenkind salbungsvoll-trostreiche Worte nach vom schönen Leben, das seiner da drüben harret, von der Langmut des Herrn, der jedem Sünder vergeht, und was eben sonst noch dazu gehört, menschliche Irrwege in gütigefällige Lata zu wandeln. Dann und wann unterbricht stoßweises Schluchzen die feierliche Stille, edles und gewohnheitsmäßiges. Denn viele Neugierige hat dieser traurige Anlaß angelockt, Menschen, die, arm an eigenem Erleben, fremden Schmerz beweinen und fremde Freude bejubeln helfen müssen. Am Grabe, das bereits von einem weiteren dichten Spalier Menschen bedeckt ist, werden viele Kränze niedergelegt, nochmals ein paar Trostesworte gesprochen und Beileidsbezeugungen getauscht. Ein blondes Mädchen mit verweinten Augen, in tiefer Trauer, hält während der ganzen Zeremonie tapfer ihre Tränen zurück. Plötzlich ist es aus mit aller Beherrschung, sie schluchzt herzzerreißend und ist völliger Erschöpfung nahe. Es ist die Schwester jener Dorothea Weber, die ein dunkles Gesicht mit Schwestern und Freundin in den Räggelees trieb. Der Gestalt hat keines Amtes gewaltet, die Menge zerstreut sich und die Träne blüht auf in allen erdenklichen Gestalten menschlicher Sensationsgelüste. Jeder weiß ein Kapitel zu erzählen aus dem Leben der so tragisch Verstorbenen, intimste Familienangelegenheiten werden genau bis ins kleinste Detail erzählt. An jeder Straßenecke, im Fleischerladen, beim Bäcker nur ein Thema: der Fall Weber, erhoben zur kleinbürgerlichen Phantasterei. Dorothea Weber wurde am Freitag vergangener Woche in einer Stille begraben. Nun ward ihr noch das äußerliche, dramatische Szenarium zuteil mit Blumen und perleisenden Worten... aber das Dunkel um den Tod der drei Mädchen konnte niemand restlos klären.

Sie will nicht freigesprochen werden...

In großer Aufregung betrat schon die wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Schöffengericht Mitte angeklagte 51jährige Reinemachefrau Juliane Suffer den Gerichtssaal. Ohne einen besonderen Grund hatte sie auf eine Fournachorin ein Messerattentat verübt und dieser einen Stich in die Brust versetzt. Die Angeklagte verlangte, daß eine große Reihe von Zeugen geladen werden sollte, denn sie sei im Recht gewesen, da die Verletzte ihre „Feindin“ gewesen sei. Sie könne durch die Wunde hören, und wisse daher, daß die Nachbarin über sie übel geredet habe. Die Angeklagte ist schon mehrmals wegen Geisteskrankheit freigesprochen worden. Noch heute behauptet sie, weshalb sie auch schon einmal angeklagt gewesen war, daß der Reichsaussenminister Dr. Stresemann sie um ihr Erbe betrogen habe, denn der Vater des Dr. Stresemann habe sie zur Alleinerbin seines Vermögens eingesetzt gehabt. Als Oberarzt Dr. Halle von der Irrenanstalt sein Gutachten erließ, überschüttete die Angeklagte den Sachverständigen mit einer Flut von Schimpfwörtern. Die Angeklagte schrie: „Ich will verurteilt werden, wenn ich es getan habe, aber erst müssen meine Zeugen gehört werden.“ Auch Amtsgerichtsrat Rehner bekam von der Angeklagten die größten Schimpfwörter an den Kopf geworfen, als er verurteilte, daß sie wegen Geisteskrankheit freigesprochen werde. Erregt mit den Händen gestikulierend und weiterstimpfend, schlug die Angeklagte die Tür des Gerichtssaales hinter sich zu und eilte in voller Wut davon.

Fremdenverkehrs- und Messeamt.

Die Deputation für Handel und Gewerbe beschäftigte sich in ihrer Sitzung am 8. März mit einem Beschlusse des Magistrats, welcher verlangt, daß das Fremdenverkehrs-Bureau an die Deputation für Handel und Gewerbe bzw. an das Berliner Messeamt angegliedert werden soll. Nach längerer Aussprache wurden dann fast einstimmig folgende von den Sozialdemokraten vorgelegten Richtlinien angenommen:

Die dem Fremdenverkehrsbureau bisher obliegende allgemeine Fremdenverkehrswerbung für Groß-Berlin wird vom 1. Juli ab dem Berliner Messeamt übertragen. 2. Demzufolge sind die Sogungen der Messegesellschaft durch Aufnahme des neuen Gesellschaftszwecks und durch Namensänderung der Messegesellschaft: Gemeinnützige Fremdenverkehrsausstellung und Messe G. m. b. H. bzw. des Berliner Messeamts in „Fremdenverkehrs-, Ausstellungs- und Messeamt der Stadt Berlin“ zu ändern. 3. Die Aufgaben des Verwaltungsrates des bisherigen Fremdenverkehrsbureaus gehen auf den Aufsichtsrat der bisherigen und nunmehr neu benannten Messegesellschaft über. 4. Innerhalb der städtischen Körperschaften bleibt die Deputation für Handel und Gewerbe für die Behandlung aller Aufgabengebiete der neu benannten Gesellschaft zuständig, zumal die allgemeine Fremdenverkehrswerbung genau so wie die Veranstaltung von Messen und Ausstellungen der Förderung von Handel und Gewerbe in erster Linie dient. 5. Das Fremdenverkehrsbureau in seiner bisherigen Form liquidiert in vollem Umfang zum 30. Juni unter Uebergabe seines gesamten auf die allgemeine Fremdenverkehrswerbung bezüglichen Materials an das Berliner Messeamt zum 1. Juli dieses Jahres. 6. Zur Durchführung der gemäß Ziffer 1 der neu benannten Messegesellschaft übertragenen neuen Gesellschaftsaufgabe werden ihr seitens der Stadt die notwendigen Mittel überwiesen.

Die offene Abteiltür.

Am Sonntag morgen kurz vor 7 Uhr wurde in der Nähe des Bahnhofes Jeshendorf-West von Streckenwärtlern ein zunächst unbekannter junger Mann aufgefunden, der seitwärts an der Böschung lag. Der Körper des Mannes wies keine äußeren Verletzungen auf, als aber die Beamten verurteilten, ihn aufzurichten, konnte er sich nicht auf den Füßen halten. Der Leidende wurde mit einem Krankenauto nach dem Sanatorium „Waldrieden“ gebracht, wo die Ärzte einen schweren Schädelbruch feststellten. Der junge Mann konnte angeben, daß er der 27 Jahre alte Kaufmann Karl Horn aus der Rommsenstraße 39 zu Sieglitz ist. Wie er sagt, nahm er am Sonnabend abend an einer Feier in einem Ruderklub in Nikolassee teil und benutzte zur Heimfahrt den Zug, der um 12 Uhr 50 in Jeshendorf-West einläuft. Er veräumte, die Tür des Abteils ordnungsmäßig zu schließen. Als er sich nun dagegen legte, ging die Tür auf und er stürzte hinaus. Bewußt blieb er zunächst auf dem Bahndörper liegen. Als er wieder zu sich kam, gelang es ihm, wenigstens bis zur Böschung zu kriechen, wo er sich unter Gebühc verlor. So ist es zu erklären, daß er erst in den Morgenstunden gefunden wurde. Die Schuld an dem Unfall trifft den jungen Mann selbst. Sein Zustand ist bedenklich.

Wohltätigkeitskonzert der Schupo.

In der Staatlichen Hochschule für Musik gab das Sinfonieorchester der Schupo ein Wohltätigkeitskonzert, dessen Reinertrag für den „Frauenhilfsverein bei der staatlichen Polizeiverwaltung Berlin“ bestimmt war. Das Programm sah etwas buntes aus. Brudner, Ralpiero, Puccini und Reznicek sind wohl kaum unter einen Hut zu vereinigen. Rag man gegen diese Zusammenstellung allerlei einzuwenden haben, so zeigt sie doch die ganze Leistungsfähigkeit dieses Orchesters, das bereits viel mehr ist als ein Orchester für den Hausgebrauch, das im Gegenteil unter den großen Orchestern Berlins eine durchaus be-

achtenswerte Stellung einnimmt. Als Dirigent war Camillo Hildebrand verpflichtet worden. Er begann mit Brudners Dritter Sinfonie. Bruchstück gefällig war hier der Orchesterklang, besonders die Bläser zeichneten sich durch Reinheit und Klangschönheit aus. Aber schließlich stellt Brudner rein technisch nicht die Anforderungen an das Orchester wie Ralpiero in seiner kleinen Komposition „Grotteste“, die hier ihre Erstaufführung erlebte. Diese Musik ist wirklich grotesk und mit viel Witz komponiert. Das Orchester befindet sich in einer einzigen Aufregung, alle Töne schwirren durcheinander. Hildebrand spielte ihn mit einer Verbe, die jeder Jazzband Ehre gemacht hätte, und das Orchester zeigte eine Abgesimmtheit und eine rhythmische Exaktheit, die für seine Qualität bezeugnis ablegte. Die Veder mit Orchester des Hubert Pataty hinterließen keinen starken Eindruck, da der Sänger versagte. Raffada Salavatini von der Städtischen Oper sang mit ihrem dunklen samtigen Sopran Arien von Dvorak und Puccini. Der Beifall war außerordentlich herzlich und wohlverdient.

Oeffentliche Mieterversammlung

am Donnerstag, dem 10. März, abends 8 Uhr, im Lokal Land, Hermsdorf, Berliner Straße. Tagesordnung: Kampf dem Mietwucher! Für Mieterrecht und ein soziales Mietrecht. Referent: Ernst Ruben. — Wie erwarten zahlreiches Erscheinen.

Oeffentliche Frauenversammlung

am Donnerstag, dem 10. März, abends 8 Uhr, in der Abhandlung, Schöneberg, Kolonnenstraße 23. Tagesordnung: Rechtsregierung und die Frauen. Referent: Clara Bohm-Schuch, M. d. R. — Vorher findet ein Umzug mit Musik statt. Treffpunkt: Wartburgplatz. Abmarsch pünktlich 7 Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Großer Dachstuhlbrand in Charlottenburg.

Gestern abend gegen 10 Uhr brach in dem Vorderhausdachstuhl des Grundstückes Kaiserstr. 17 in Charlottenburg Feuer aus. Hausbewohner bemerkten eine starke Berqualmung der Treppenhäuser, während fast zur gleichen Zeit Vorübergehende von der Straße her einen Feuerchein wahrnahmen. Auf den Alarm eilten zunächst zwei Löschzüge an die Brandstätte, bei deren Eintreffen aber bereits aus den Bodenlöcher die hellen Flammen emporloderten. Zwei weitere Löschzüge wurden zur Hilfeleistung herangezogen. Das Feuer hatte den ganzen Dachstuhl des Vorderhauses erfasst und war auf den anstehenden Seitenflügel übergelassen. Ueber die Treppenhäuser wurde aus sechs Schlauchleitungen Wasser gegeben. Erst gegen 12 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt und die Abkühl- und Aufräumungsarbeiten, die bis gegen 2 Uhr morgens dauerten, konnten vorgenommen werden. Der Feuer- und Wasserschaden ist sehr erheblich. Die Entstehungsurache konnte noch nicht geklärt werden.

Der „kanariengelbe Diplomatentrack“.

Es hat sich etwas Hochbedeutsames zugegetragen: Wie eine Berliner Korrespondenz mittelt, ist für die Dienerschaft des Reichspräsidenten in den letzten Tagen eine neue Kleiderordnung herausgegeben worden. Danach besteht die Dienstkleidung der Diener in einem kanariengelben Diplomatentrack, weinroter Kniehose, weißelbeneden Strümpfen und schwarzen Lederschuhen. Der Selbstfischer des Reichspräsidenten trägt schwarzen Grad mit Abkürzungen und Knöpfen.

Endlich ist es also heraus! Tag und Nacht haben wir gegrübelt, ob die Dienerschaft des Reichspräsidenten einen kanariengelben Diplomatentrack oder einen reledagrünen Boßkoffertrakt trägt. Und es hat böse Leute gegeben, die steif und fest behauptet haben, die Diener Herrn v. Hindenburgs trügen nicht etwa weißelbenede, sondern schwarzweißrotelbenede Strümpfe. Wie gut, daß sich dies jetzt als Irrtum herausgestellt hat! Und mit Recht sagt die erwähnte Korrespondenz hinzu: Damit tritt das Oberhaupt des Deutschen Reiches wieder gleichberechtigt in den Kreis der anderen Kulturstaaten.

So ist es in der Tat. Wer man kann auch einen Böwen reizen, und der Berliner pflegt in solchen Fällen zu sagen: „Eure Sorgen möchte ich haben!“

Internationale Zusammenarbeit der Jugend.

Im Landsgemeindehaus Berlin, Neue Schönhauser Str. 8, hielt Georg Schulze-Möhning, Leiter des Berliner Sekretariats der „Weltjugendliga“, einen Vortrag über das Thema „Internationale Zusammenarbeit der Jugend“ mit gleichzeitiger Berichterstattung über die bisher erzielten Erfolge. Die Jugendbewegung reicht heute weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Sie hat in England, Amerika, Frankreich, Dänemark, Holland, in letzter Zeit bis hinüber nach China Verbindungen geknüpft und Widerhall gefunden. Im Ausland sind die Verhältnisse ganz andere, aber der Widerstand gegen die Praktiken der alten Generation und vor allem der Friedenswille und die Verwirklichung eines Friedensdeals auf Grund gegenseitigen Vertrauens läßt die Jugend über die Grenzen der Länder einander die Hände reichen. Verschiedene Kongresse, so der 1921 von der dänischen Jugend in Kopenhagen veranstaltete, ein späterer in Hamburg, setzten die meist durch Briefwechsel entstandenen Verbindungen in persönliche, engere Beziehungen um. Vor 1½ Jahren wurde die Bewegung neu belebt durch den Besuch eines Vertreters einer amerikanischen Jugendorganisation und dessen Anregung zur Schaffung eines Weltjugendbundes. England ist auf dem Gebiete der Jugendbewegung am fortgeschrittensten und besitzt heute bereits ein Kartell von 25 Verbänden kriegerischer Jugend, deren praktische Arbeit darin besteht, das Mißtrauen der Völker untereinander durch persönlichen Kontakt zum Schwinden zu bringen. Der Gedanke und die Durchsichtung der neuzeitlichen Ideen auf dem Gebiete des Lehrwesens hatte in Südamerika z. B. ganze Revolutionen der Studentenschaft im Kampfe um die Umgestaltung der Lehrpläne und Absetzung reaktionärer Professoren im Gefolge. Eine von den Berliner Quäkern ermöglichte Studienfahrt nach Warschau schuf in letzter Zeit auch Verbindungen mit der polnischen Jugend. Im Jahre 1923 soll ein Weltjugendkongreß in Haag stattfinden, dessen Vorbereitungen in den Händen englischer, amerikanischer und holländischer Verbände liegt. Die praktische Arbeit des deutschen Zweiges der Weltjugendliga ist eine Verbindung zur Jugend aller Länder herzustellen durch Briefwechsel, Teilnahme an Jugendlagern, Vermittlung von Zeitschriften zur gegenseitigen Orientierung, um aus dieser Geschlossenheit heraus das gemeinsame Ziel der Schaffung eines freien Menschentums zur Verwirklichung zu bringen.

Sonntagsruhe auch im Schuhmachergewerbe.

Der Verband selbständiger Schuhmacher hatte sich an den Polizeipräsidenten gewandt mit der Bitte, auch für die selbständigen Schuhmacher Groß-Berlins die Sonntagsruhe einzuführen. Eine Abstimmung unter den Schuhmachern nach § 41b der RMO. hatte folgendes Ergebnis: von 6161 abgegebenen Stimmen haben sich 4100 für Einführung der Sonntagsruhe ausgesprochen. Die Deputation für Handel und Gewerbe hat ebenfalls ihre Zustimmung zur Einführung der Sonntagsruhe gegeben.

Keine rheinische Morgenfeier. Das Berliner Messeamt hatte am letzten Sonntag anläßlich der Ausstellung „Deutscher Rhein — Deutscher Wein“ zu einer rheinischen Morgenfeier eingeladen, bei der Frau Katharina von Oheimb die Festrede halten sollte. Als man indessen beim Fränkertum ankam, erwiderte man nichts als ein Schül mit der Ankündigung: Wegen Erkrankung von Frau von Oheimb fällt die rheinische Morgenfeier aus. Das Schild, sehr schön mit künstlerisch verchnörkelten

Buchstaben gezeichnet, ist ohne Zweifel schon am Sonnabend hergestellt, und es war der Ausstellungsleitung sehr wohl möglich, die eingeladene Presse und damit die Deffentlichkeit von der Programmveränderung zu benachrichtigen. Niemand hat Lust, einen Sonntagvormittag zu verbrachten. Und war es wirklich so schwer, einen Ersatzredner zu finden?

Die Stadtverordnetenversammlung hat in dieser Woche ihre Sitzung am Donnerstag um 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht auch der Haushaltsplan für 1927. Der Rämmerer wird die Rede, mit der er den Haushaltsplan vorlegt, um 7 Uhr halten.

Das Erdbeben in Japan.

Widerstandsvolle Nachrichten.

Tokio, 8. März. (B.Z.) Nach den infolge der Störungen im Telephon- und Telegraphenbetrieb nur langsam eintreffenden Meldungen wird angenommen, daß sich die Zahl der Opfer des Erdbebens auf 5000 beläuft. Das Ministerium des Innern erklärt indessen, daß es bisher nur Kenntnis habe von 40 Getöteten und 67 Verletzten.

Ein Flieger, der die Provinz Targo überflogen hat, schätzt die Zahl der Opfer in der Provinz auf über 1000.

Paris, 8. März. (TU.) Wie aus Tokio gemeldet wird, hat die japanische Admiralität eine größere Flotteneinheit nach dem Erdbebengebiet entsandt, deren Mannschaften sich an der Hilfsaktion zur Unterbringung der Obdachlosen beteiligen sollen. Zur Zeit des Erdbebens befand sich der Bergnügungsdampfer „Kalifornien“, mit zahlreichen amerikanischen und kanadischen Millionären an Bord, auf seiner Weltreise in Kobe vor Anker. Eine große Anzahl Passagiere hatte sich zum Besuch der Stadt an Land begeben. Als diese sich auf dem Rückwege über den Landungssteig zum Dampfer begeben wollten, brach unter dem ersten Erdstoß der Landungssteig zusammen, und mehrere Passagiere stürzten in das Meer. Es sind noch keine Nachrichten vorhanden, wieviel Personen dabei verunglückten. In Osaka soll durch das Erdbeben ein Kino zusammengebrochen sein und 80 Personen unter den Trümmern begraben haben. Da zwischen Tokio und Südjapan durch das Erdbeben alle telephonischen und telegraphischen Verbindungen unterbrochen sind, kann man sich über den Umfang der Katastrophe noch kein genaues Bild machen. So liegen aus den Provinzen Tamba, Targo und Tagima noch keine Nachrichten vor. In Tokio selbst, das diesmal vom Erdbeben verschont blieb, wurde das Erdbeben nur wenig verspürt. Es genigte jedoch, daß sich in dem großen Hotel „Imperial“ unter den Hotelmöbeln eine schwere Bank verbreitete und bei der ersten Erderstütterung alle auf die Straße stürzten.

Mord und Selbstmord eines bulgarischen Studenten. Der bulgarische Student Nikola Popoff, der von 1920 bis 1926 in Braunschweig studierte, hatte sich mit der Tochter seiner Wirtin, einer Musiklehrerin, verlobt. Als Popoff jedoch in seine Heimat zurückkehrte, löste das Mädchen das Verhältnis. Daraufhin kehrte der Beschämte nach Braunschweig zurück, erzwang sich eine Unterredung mit dem Mädchen und tötete es dabei durch drei Kopfschüsse. Mit einem vierten Schuß nahm er sich dann selbst das Leben.

Das beschlagene Mary-Kabinett. In Blankenburg am Harz war ein junger Mann auf dem Maskenball der Arbeiterturner in einem Kostüm erschienen, auf dem das neue Reichskabinett Mary veranschaulicht und in großen Buchstaben die Frage gestellt war: „Bist du das Kabinett?“ Die hohe Dürftigkeit muß von dem Bestehen eines solchen staatsgefährlichen Kostüms rasch in Kenntnis gesetzt worden sein. Bereits am anderen Morgen erschien die Polizei, um es zu beschlagnehmen.

Selbstmord eines Weltkriegsfliegers. Nikolaus Wangel, der Bruder des Führers der antibolschewistischen Weichen Armee, hat sich in Rom erschossen. Nikolaus war während der Kämpfe seines Bruders in Budapest, um von dort aus den Kampf für die Weiße Armee zu regeln. Später war er an dem Abenteuer der Königin Jita beteiligt. Nach dessen Zusammenbruch begab er sich nach Rom.

Sport.

Deulain bei den Schwimmwettkämpfen der Rüst-Urena. Bei den Eröffnungsrennen der Rüst-Urena am Sonntag, dem 20. März, wird der ausgezeichnete französische Schwimmer der internationalen Extraklasse, Gabriel Deulain, sein Nachkriegsdebüt in Berlin geben. Deulain, einer der größten Talente, die es je auf der Rennbahn gegeben hat, und auch heute noch einer der schnellsten Neger der Welt, ist den Berliner Rüstsportfreunden kein Unbekannter, denn er war vor dem Ersten Weltkrieg auf deutschen Bahnen und nahm auch mit großem Erfolge an den ersten Berliner Schwimmgrennen teil.

Geschäftliches.

Frühlingsmodenschau bei Joseph.

Laut Kalender und Sonnenstand stehen wir im Zeichen des Frühlings. Das Neudöner Kaufhaus Joseph veranstaltete im Orpheum, Hofenbeide, eine Modenschau der jüngsten Modeschöpfungen. Die hübschen, leichten Kleider aus Kascha, Schell- und Rips, Käntel aus Seide und leichten Stoffgeweben, vorgeführt von stollen Mannequins, fanden bei dem zahlreich erschienenen Publikum lebhaftesten Beifall. Der allgemeinen Finanzlage Rechnung tragend, sind die Kleidungsstücke in den denkbaren billigsten Preislagen gehalten. Kleider gibt es schon von 12 M. aufwärts, ebenso Käntel und Kostüme von 20 M. an, alles modisch verarbeitet und — wenn auch gerade keinen Ewigkeitswert darstellend — so erfüllen die hübschen, immerhin preiswerten Robeartikel doch vollständig ihren Zweck. An die Modenschau schloß sich ein fröhliches Beisammensein mit Vorträgen und Tanz, für die Damen gab es eine „süße“ Spende, und aller Herzen schlagen froh und wunschbelehrt den schönen kommenden Tagen entgegen.

„Staatl. Zeitschriften“, das wohlschmeckende und bekömmliche Gesundheitswasser, ist unbeschreiblich ein wertvoller Bestandteil des natürlichen Arzeneimittels.

Die Harmonie der Ehe

will mit jedem Tag aufs neue erobert sein! Warten Sie nicht, bis Ihre Frau Sie darauf aufmerksam macht, daß auch ein reiner, frischer Mundhauch zu den Erfordernissen einer harmonischen Ehe gehört, sondern fangen Sie heute schon mit regelmäßigen

Odol-Mundspülungen an, auf die kein kultivierter Mensch verzichten kann.

Die chinesische Hydra.

Von Arthur Holtscher.

Im Grunde wäre Chinas vitales Problem keineswegs gelöst, wenn es ihm auch gelänge, die fremden Mächte, die mit ihren Kriegsschiffen in seinen Häfen lauern, abzuschütteln. Ungleich wichtiger wäre es für Chinas Bestand, seine Bedrückung durch das Militär loszuwerden.

Dieses Gebilde des chinesischen Militärs, das, aus dem Grundwesen des Chinesen erwachsen, dennoch wie ein Pfahl im Fleische der chinesischen Gemeinschaft sitzt, muß ein wenig näher betrachtet werden. Bei dieser Betrachtung will ich keinen historischen Rückblick geben, sondern bei dem verweilen, was ich selber gesehen, erfahren und erraten habe, in dieser merkwürdigen Zeit Chinas, in der sein gesamtes Leben eine Umwandlung, Aufwärtsentwicklung zu erleben scheint.

Es wird berichtet, daß China bis zum chinesisch-japanischen Kriege, d. h. 1895, keine richtige Armee, kein Heer nach europäischen Begriffen besaß. Die meisten Soldaten der chinesischen Armee waren noch mit Pfeil und Bogen bewaffnet. Erst um die Jahrhundertwende unternahm es Sunschüan, der damalige Generalfeldmarschall, spätere Präsident der Republik, die Armee zu organisieren, und zwar zumeist mit Hilfe deutscher Instrukteure. 1900 zählte die chinesische Armee erst 8000 Mann, 1904 bereits 72 000, zur Zeit des Weltkrieges 800 000, heute stehen alles in allem 1 1/2 Millionen unter Waffen, die zum großen Teil durch Besteuerung, willkürliche und räuberische Belastung des Volkes erhalten werden. Die Armee Tschangscholins soll eine Viertelmillion betragen, die Volksarmee, die Kuomintang, die ihre Subsistenz aus reichlichen Quellen, systematisiertem Steuerwesen gewinnt, zählte Anfang 1926 etwa 100 000 Mann. (Eine richtige Flotte besitzt China kaum. Ein einziges Schiff, ein alter Kreuzer von 1900, umfaßt 4000 Tonnen, alles übrige ist Kleinram. Dafür aber besitzt China mehr Admirale als andere Länder geringerer Ausdehnung.)

Die Subsistenz der Armee! Schon im Altertum, im dritten Jahrtausend vor Christi Geburt, sang ein chinesischer Dichter aus der Provinz Szechuan ein melancholisches Lied über die Militärhorde mit ihrem grausamen General, die das verarmte Land plünderte, auszog, das Leben des Bürgers bedrängte, die Städte zerstörte und die jungen Männer fortjagte. Räuberbanden und zusammengebröckeltes Gefolge unter der Führung verzweifelter Verbrecher brandschatzten seit uralten Zeiten das Land. Heute ist das nicht anders. Verfolgt man den Lebenslauf der großen Generale, so merkt man genau, daß, wie sich Militarismus aus Plünderungssucht und Raubtrieb, Armeen aus Räuberrotten, Generale aus Wegelegern entwickeln. Der chinesische Militarismus zeigt am deutlichsten das wahre Gesicht des Militarismus überhaupt auf: Söldner, käufliche Parasiten, Räuber und Erpresser, geborene Feinde der Arbeit und des geordneten Daseins des Menschen; in der Gesellschaft ein verachtetes und gefürchtetes Gewerbe; der Soldat in China (wie der Schaupspieler und der Barbier) der tiefsten Klasse zugerechnet. Disziplin gibt es wohl in einer chinesischen Armee. Ich erwähnte schon: kein Kadavergehörsam, sondern wirkliche Disziplin, und zwar auf die einfachste und effektivste Art und Weise der Welt. Bei einem Sieg der Armee nämlich stiehlt und raubt der General so gut wie der letzte Mann. Das hält die Körperschaft zusammen und bildet das gemeinsame Motiv, das gemeinsame Interesse der Aktion. Ob sie nun christliche Hymnen singen beim Vorübermarsch oder irgendein christliches Tipperary — Raub, Plünderung und Erpressung ist, was das Heer zusammenhält.

In Provinzen, in denen der Militarismus besonders stark wächst, wachsen herrliche weite Felder rot und üppig, z. B. in den Provinzen Futsien, in Szechuan; wo immer der chinesische Militarismus sich auf die Dauer eingenistet hat, blüht das Opiumgewerbe allen Prohibitionsmaßregeln und Aktionen zum Trotz. Opium und Militarismus sind sozusagen untrennbare Faktoren; das Militär bezieht aus dem Opiumhandel eine wesentliche Beisteuer zu seinem Unterhalt.

Natürlich sucht man sich auch jener Landesteile zu bemächtigen, in denen man am leichtesten die Hand auf die Zölle und Abgabeneinkünfte legen kann, z. B. Schanghai und Tientsin. Die Rivalität der Generale bewegt sich eben um die Gewinnung der Revenuen, mehr um die Revenuen als um die zentrale Macht. Die zentrale Macht zu gewinnen, davor graut es dem siegreichen General einigermaßen.

Wiederholt war Tschangscholins, der Beherrscher der Mandchurie, so weit, die Hand auf Peking zu legen. Warum stoppte er die Aktion vor den Toren Pekings? Die Gründe sind evident. Wer die Macht über die Hauptstadt hält, ist gezwungen, eine Regierung einzusetzen. Wer eine Regierung einsetzt, ist gezwungen, mit den Mächten, die im Geschäftsweltviertel ihre Vertreter haben, freundschaftlich-friedliches Einverständnis zu erlangen. Weltaus einträglich aber ist es, aus der Umgebung Pekings kleine erpresserische Wahnungen an jene Vertreter in der Geschäftsweltstraße zu schicken, die den Vormarsch dann durch Bargzahlung verhüten.

Die Generale sind ja, wie allgemein bekannt, von den Mächten bezahlt und ausgehalten. Japan, Amerika, England, Frankreich (und wahrscheinlich auch Rußland) halten die wichtigsten Heerführer aus, bezahnen und bewirken mit beträchtlichen Geldunterstützungen eine allgemeine Zermürbung Chinas, um dann im psychologischen Augenblick mit einem gewichtigen Schlag ihre Interessenspolitik (oder in einem Falle Ideenpolitik) dem niedergeborenen Bande aufzuzwingen zu können. Das ist die Erklärung aller bisherigen militärischen Aktionen gewesen. Man kann indes sagen, daß sich seit kurzer Zeit, besser gesagt seit einem Jahre, nämlich jenem Maltege in Schanghai, der Chinas Zukunft seine Begrüßung gezeigt hat, die Verhältnisse geändert haben. Die chinesischen Generale sind (mit Ausnahme Fengschüans) größte Feinde des Bolschewismus, dessen Siegeszug ihnen allmählich die Macht aus der Hand winden, sie zu einer Unterwerfung unter eine zentrale Regierung zwingen wird, wie er das in dem konsolidierten Süden Chinas, in Kanton, bereits getan hat. Es liegt den Generalen natürlich daran, den Status quo möglichst lange aufrechtzuerhalten, auch die fremden Geldgeber in dem Glauben zu erhalten, daß man mit aller Energie und Konsequenz den Boden für ihre Interessen bereitet, — und daneben das eigene Volk bis aufs letzte Hemd zu berauben und auszusaugen.

*) Mit Genehmigung des Verfassers bringen wir dieses Kapitel aus seinem bei E. Fischer, Berlin, erschienenen Buche „Das unruhige Asien“, worin er die Eindrücke von einer 1925/26 unternommenen Reise in Indien, China, Japan in seiner bekannnten frisch impressionistischen und doch in die Probleme eindringenden Weise gesammelt hat.

Man kann dabei kaum von einer feststehenden Einzelorganisation der im Bürgerkrieg feindlich gegeneinander stehenden Heere sprechen, viel eher von einer Hydra der Generale. Sowie nämlich einer von diesen Generalen, der an der Spitze einer formidablen Armee steht, gewisse Macht erlangt hat, Erlolge aufzuweisen und seinen ausländischen Hintermännern, Geldgebern vorführen kann, entsteht in seinem Stab der Trieb der unteren Generale, sich selbstständig zu machen. Das geschieht auf folgende Weise: Hat Tschangscholins sich durch Unterstützung Japans in die Höhe geschwungen, so werden seine Untergenerale unter der Hand mit Amerika oder England zu verhandeln suchen, um die Armee zum Dienst der Interessensphäre dieser Länder hinüber zu establieren. Es hat daher gar keine Bedeutung, eine Betrachtung über den chinesischen

Mit verteilten Rollen.



„Die deutsch-nationale Fraktion hat im Parlament die politische Tagesarbeit unter Teilnahme an der Regierung unter Verzicht auf anerkannte Grundsätzlichkeit wahrzunehmen. Die Arbeit im Lande für die alten Ideale und die letzten Ziele will an seinem Teil der „Hauptverein der Deutsch-Konservativen“ übernehmen.“ (Abg. Evertling.)

Militarismus mit Namen von Generalen zu spielen. Was hat es zu bedeuten, daß momentan neun Namen wie Tschangschungschung, Hsichungsin usw. in aller Munde sind. Schlägt man der Hydra einen Kopf ab, wachsen ihr dafür zehn neue. Die neuen Köpfe sind unbekannt Größten. Man weiß wohl, daß sie von irgendwoher Geld bekommen haben, daß sie bestechlich und korrupt sind, aber das große Rätselraten will kein Ende nehmen: woher hat dieser neue Kondottiere sein Geld? was wird die nächste Phase der chinesischen Politik sein?

Die chinesische Politik! Zwei Generale kämpfen um Uebermacht und Vorrang in einer einträgliehen Provinz. Ein dritter vereitelt den Sieg. Einige Male war dieser Dritte schon der „christliche“ General Fung, jener General, dessen sauber gekleidete Soldaten jetzt zur Zeit meines Aufenthaltes in Peking die christlichen Hymnen in den Straßen singen und wahrscheinlich vier Wochen später sich raubend und plündernd zurückziehen werden, um vielleicht Tschangscholins das Feld zu räumen — falls es nicht Wupeifu sein sollte, der hier den Sieg erringen wird.

Das Lob Fungs habe ich in allen Gegenden Chinas und der Mandchurie hören, am schwärmerischsten von einem jungen chinesischen Beamten einer großen Bank in Kanton, einem christlichen Studenten, Mitglied der N. R. C. A., der Christlichen Vereinigung Junger Männer, die in China energisch die Interessen des amerikanischen Dollarkapitals vertritt. Dieser sympathische junge Chinese, der mir ein ausführliches System der Fordisierung Chinas, d. h. einer Industrialisierung des großen Reiches nach dem ökonomischen System Fords darstellte, pries Fung geradezu als den einzigen berufenen Diktator Chinas. Er hatte in Philadelphia studiert und sah etwas von Amerikas religiöser Gesinnung (so sagte er nicht ich) und jollatorischer Energie in Fung verkörpert. Fung Diktator — der starke Mann von puritanischer Einfachheit, der unter seinen Mannschäften jede Korruption mit eiserner Strenge ausrottet, dessen Offiziere sich christlicher Zucht befleißigen, der überall, wo er Fuß faßt, Straßen bauen ließ, Siedlungen schaffte, Schulen errichtete, in denen der Tag, wie in seinen eigenen Kasernen, mit dem Abingen einer christlichen Hymne und mit Gebeten ansting!

Von anderer Seite aber hörte ich, daß Fung gerade der schlaueste, undurchsichtigste von allen Generalen sei, der am klügsten seine Intentionen zu maskieren, seine Hintermänner auszunutzen und im geeigneten Augenblick zu hintergehen verstand. Fung der Fuchs!

Die Wahrheit wird wohl schwer festzustellen sein.

(Schluß folgt.)

Heldentum.

Von Richard Gerlach.

Warum in Friedenszeiten an Heldentum denken? Keins Gemeinschaft kann ohne begeisterte Herzen bestehen, die ihr persönliches Wohl vergessen. Ein Volk, das führen will, braucht den mitleidenden Strom lebendiger Ideen, erhebender Taten, oder das Dasein ist nur mehr ein mühsames Hinhalten, und die Erbschütterungen junger Nationen brauen über die Eingekerkerten weg. Die überfälligen Reformen und Vergünstigungen, das Geschäftsmachen, nichts als Geschäftsmachen, das sind drohende Anzeichen

von Entartung. Es gab ein verfallendes Rom mit rauschenden Weltkämpfen, aber auch damals hätten die jubelnden Zuschauer schon beobachten können, daß der Vogel Strauß schneller lief als die Gladiatoren, und daß ein Elefant ein Duzend herkulesstarker Sklaven zerstampfen konnte. Die tierische Kraft triumphiert auf diesen Gebieten immer.

Zum Trost den vielen, die aus der Bahn geschleudert sind und alle anderen mitreißen möchten, geht es vorwärts: Sachlichkeit wird von allen Denkenden bringend gefordert, das heißt im Grunde nichts anderes, als leben einer Sache zuliebe. Man anerkennt wieder die stille Arbeit. Das Verantwortungsgefühl. Die selbstverständliche Güte. Die Liebe über sich hinaus.

Gehört zum Heldentum Ruhm? Roland und Hagen, Cäsar und die Jungfrau von Orleans, Kolumbus und Napoleon, sind sie sozial edler als der namenlose Schiffer, der die Passagiere auf seinem brennenden Dampfer bis an den Strand rettet und dabei umkommt?

Heldentum, das auf Auszeichnungen erpicht ist, gehört dem Knabenstadium der Menschheit an, hinter all solchen kühnen Draufgängerum steckt leider oft nur die Sucht, sich hervorzutun, etwas für sich zu erbeuten.

Ein Unternehmen, das um persönlicher Vorteile willen ausgeht — der erste am Nordpol zu sein, am schnellsten durch den Kanal zu schwimmen, erzeugt das Beifallsgeräusch der Belangweilten, aber was sonst? Die Begierde aufzufallen macht den Wagemut wertlos.

Da starb in diesem Sommer ein französischer Radiosorcher, der vor Jahren schon beim Experimentieren die Hände verlor, und der trotzdem weiterschaffte. Da ist eine Witwe, die ihre Kinder mit Waschen ernährt und zu was Ordentlichem erzieht. Da sind die Schwestern in den Krankenhäusern, die stets mit der gleichen Fremdbillichkeit über die Schwelle treten, die stummen Dulder, die Männer, die im Schützengraben gelegen haben, die Bergleute in den Kohlenstächten, die Schaffenswilligen, die keine Arbeit finden können, die Lokomotivführer, die Wächter auf den Leuchttürmen, die Verkehrspolizisten im Gewühl und die Heizer an den Schiffsteffeln.

Das große Beispiel hingebender Arbeit und Pflichterfüllung wird von unbekanntem Menschen täglich gebracht. Ihre Tugend ist die Treue. Das Mysterium des Heldentums ist heute schwer zu erkennen, aber es ist da. Der Idealismus unserer Zeit ist die stille gläubige Wirksamkeit. Daraus werden uns die rechten Kräfte reifen.

Die Ohren der Insekten.

Während die Menschen und die übrigen echten Säugetiere durchweg mit äußerlich erkennbaren Schallrichtern versehen sind, fehlen in den Klassen der niederen Tiere diese äußeren Ohren ganz allgemein. Trotz dieses Mangels sind bei den uns entwicklungs-geschichtlich nächststehenden Tierformen die Gehörorgane genau bekannt. Bei den Vögeln, Reptilien, Amphibien und Fischen entspricht der anatomische Bau im wesentlichen dem inneren Hörapparat der Säugetiere und befindet sich bei diesen im Kopf. Bei der Erforschung des Gehörsinns der niederen, knochenlosen Tiere dagegen stößt die Wissenschaft auf große Schwierigkeiten, so daß sie uns erst in den letzten Jahrzehnten einigen Aufschluß hat geben können.

Das Kerbtiere wirklich hören können, läßt sich experimentell nachweisen. Krebse, Spinnen wie auch die eigentlichen Insekten reagieren auf Schallreize zweifellos. Unsere Homagiden beispielsweise locken ihre Mitarbeiterinnen durch das bekannte „Lü-lü“ herbei, wenn sie eine reichliche Nahrungquelle entdeckt haben. Spinnen zudem zusammen, wenn in ihrer Nähe eine Spinne mit dem Weigenbogen gestrichen wird und vertreiben sich schleunigst in ihre Schutzwinkel. Die stummen weißlichen Heuschrecken hören den Luftschall der zirpenden Männchen. Die Weibchen des Klopffäfers gehen den Lockrufen des Männchens entgegen.

Aber die Frage nach dem Sitz der Gehörorgane der Insekten wie auch deren Bau und Funktion ist noch nicht restlos geklärt. Am besten ist man über die „Ohren“ der Heuschrecken unterrichtet. Bei der Laubheuschrecke liegt das Ohr in den Boden, bei der Schnarrheuschrecke direkt über der hintersten Hälfte, d. h. über der Verbindungsstelle der Hinterbeine mit dem ersten Hinterleibring. Der Gehörapparat der Laubheuschrecke besteht in einer eiförmigen Vertiefung mit einem glänzenden Häutchen, einer Art Trommelfell, unter welchem ein Tracheenabzweig liegt, in dem leuchtendfarbige Stäbchen als Nervenendigungen die Verdrichtungen unserer Gehörtrödelchen erfüllen. Derartige Kerbentristichen finden sich auch in den Beinen der Käfer und in den Schwingenblöcken der Fliegen; sie werden durch Schallwellen in Bewegung versetzt, und diese Schwingungen werden von den Nerven aufgenommen und weitergeleitet.

Bei Krebten und Spinnen werden andere Haare oder Borsten an verschiedenen Körperstellen durch Schallreize erregt, diese haarartigen Gebilde stehen mit Nervenendigungen in Verbindung und werden als primitive Gehörorgane gedeutet. Einige Krustentiere besitzen bereits Gehörbläschen und Gehörsteine und Wimperhärdchen.

Sogar jenseits der Insektenklasse sind einfache Hörorgane bekannt. So haben die Blähschnecken Hörbläschen mit kristallinen Gebilden, ein Teil der Blähschneckenmantel steht mit einem Hörnerven in Verbindung. Selbst Radusen zeigen bereits Hörbläschen mit einem oder mehreren Steinen. Auch Stachelhäuter und Würmer besitzen schon ähnliche einfache Hörwerkzeuge; bei den Würmern trägt die Hörbläschenwand vielfach Zilien oder Geißeln.

Daß die Insekten außer dem Gehör auch die übrigen vier Sinne haben, war schon vor der Auffindung ihres Gehörs bekannt und sei hier zum Schluß nur noch erwähnt. Dr. R. L.

Was kostet ein Soldat? Die Nachrichtenabteilung des nordamerikanischen Bundesheeres hat kürzlich Ziffern über die Kosten des Soldaten für seine Vaterländer veröffentlicht, denen wir die nachstehenden entnehmen. Es kostet im Jahresdurchschnitt:

| | |
|-------------------------------------|----------------|
| ein amerikanischer Soldat | 2007,60 Dollar |
| englischer | 1573,40 |
| deutscher | 1206,— |
| italienischer | 892,— |
| französischer | 263,20 |

In Europa also hat es Deutschland glücklich wieder geschafft, an zweiter Stelle mit seinen Ausgaben für die Reichsmehr zu stehen. Würde der neue Vorkriegsstand für den Etat der Reichswehr Gesetz, ständen wir mit den Ausgaben für unsere republikanische Armee, auf den Kopf ihrer Mitglieder umgerechnet, sogar wieder an erster Stelle auf unserem Kontinente! Immerhin brauchten dann unsere Generale ihren Ehrgeiz noch nicht schließen zu lassen: die Vereinigten Staaten sind noch spendabler. Der deutsche Steuerzahler darf beruhigt sein. Warum hält er sich in seiner Reichsmehr auf 100 Mann einen General, wenn diese Generalität es nicht beim nächsten Etat fertigbringen würde, auch noch die paar hundert Dollar Vorprung unterzubringen, für übertragbare Ausgaben etwa, die jetzt der Stolz der Pontees sind?

Zinsenkung durch Pfandbriefsumtausch

Zinsersleichterung für die Landwirtschaft. — Gefahren der Zwangsrekonvertierung.

Die Kapitalausstattung der Landwirtschaft wie des Grundbesitzes überhaupt erfolgt bekanntlich, abgesehen vom laufenden Betriebskredit, in erster Linie durch Aufnahme von Hypotheken, Darlehen bei Hypothekenbanken. Diese beschaffen sich ihrerseits die Gelder für die Hypotheken durch Ausgabe von Pfandbriefen. In den östlichen und mitteldeutschen Gebieten sind es in der Hauptsache die sogenannten „Landchaften“, die diese Kapitalausstattung der Landwirtschaft besorgen, und bei denen die Mitglieder für die gewährten Realkredite solidarisch haften. In dem Maße, in dem die Hypothekenschuldner durch Zahlung einer vereinbarten jährlichen Tilgungsquote ihre Hypothekenschuld zurückzahlen, werden die Pfandbriefe durch Auslösung amortisiert. Eine beschleunigte und vorzeitige Tilgung ist in der Regel dann nur durch Rückkauf der Pfandbriefe zum jeweiligen Börsenfuß möglich. In der Regel — denn die Landchaften haben sich in einem — allerdings stark verkaufslustigen — Ründigungsparagrafen ein vorzeitiges Ründigungsrecht offengehalten, und legt bei dem niedrigeren Landesfuß dapon Gebrauch gemacht. Der Diskont der Reichsbank ist bekanntlich in einem Jahre von 9 auf 5 Proz. gesunken.

Zunächst sind sämtliche mit 10 Proz. verzinslichen

Goldpfandbriefe der Landchaften

im Gesamtbetrage von 222,69 Millionen Mark zum 1. April 1927 für den nächsten Termin (1. Oktober 1927) gekündigt. Im Oktober 1927 müßten demnach diese Pfandbriefe mit ihrem Nennwert bezahlt werden. Da aber die Gelder für derartige Millionenbeträge nicht vorhanden sind, geben die Landchaften mit Hilfe eines unter Führung der Reichsbank stehenden Bankensortiments siebenprozentige Pfandbriefe aus und bieten diese den Besitzern der alten zehnprozentigen Pfandbriefe zum Umtausch an. Da bei dem gesunkenen Zinsniveau eine gleich sichere Kapitalanlage zu höheren Zinssätzen für diese Pfandbriefbesitzer in den seltensten Fällen in Frage kommt, werden sie wohl oder übel trotz Bekämpfung des Zinsrückganges davon Gebrauch machen. Das ist die Konvertierung der Pfandbriefe, von der in den letzten Wochen so vielfach die Rede war.

Diese Konvertierung — also die rechtlich unanfechtbare Umwandlung einer Schuld in eine andere mit niedrigerem Zinsfuß — stellt für die Landwirtschaft offenbar

eine außerordentliche Zinsersleichterung

dar, die durch die gleichzeitige Herabsetzung des von den Hypothekenschuldnern erhobenen Verwaltungsbetrages von 0,6 Proz. auf 0,5 Proz. noch fühlbarer wird. Die Auswirkung der Konvertierung der zehnprozentigen Pfandbriefe geht aus folgendem Beispiel hervor:

10 000 M. Pfandbriefschuld kosten:

| Vor der Konvertierung | | | |
|--|----------|--------------------|--------|
| Zinsen | 10 Proz. | = 1000 M. jährlich | |
| Verwaltungskostenbeitrag | 0,6 | = 60 „ | |
| Tilgung | 1/10 | = 1000 „ | |
| <hr/> | | | |
| 1110 M. jährlich | | | |
| Nach der Konvertierung | | | |
| Zinsen | 7 Proz. | = 700 M. jährlich | |
| Verwaltungskosten | 0,5 | = 50 „ | |
| Tilgung | 1/10 | = 1000 „ | |
| <hr/> | | | |
| 1750 M. jährlich | | | |
| Zinsen des Kurdausgleichsdarlehens (höchstens) | | | = 88 „ |
| <hr/> | | | |
| 862 M. jährlich | | | |

Diesem, der daraus fast restlos den landwirtschaftlichen Schuldnern zufallenden Gewinn steht natürlich ein entsprechender Verlust der Pfandbriefgläubiger gegenüber, die bei der Erwerbung der Pfandbriefe wohl zum größten Teile sich nicht über die vorzeitige Ründigungsmöglichkeit durch die Landchaften im klaren waren, zumal diese lediglich aus den unübersichtlichen und unklar gefassten Statuten hervorgeht. Gleichwohl ist Scheinbar weder vom juristischen und noch weniger vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gegen den in der Konvertierung zum Ausdruck kommenden Zinsabbau etwas einzuwenden und dem Hinweis der Pfandbriefgläubiger, daß sie seinerzeit bei Erkenntnis der vorzeitigen Ründigungsmöglichkeit ihr Geld wahrscheinlich in dem noch besser rentierende Papiere gesteckt hätten, muß entgegengehalten werden, daß die Folgen eines solchen Irrtums rechtlich von ihnen zu tragen sind.

Wachsender Umfang der Konvertierung.

Seit der Kündigung der zehnprozentigen Pfandbriefe hat die Senkung des allgemeinen Zinsniveaus weitere Fortschritte gemacht, so daß — wie zu erwarten war — die Landchaften auch für die übrigen, über dem jetzigen Zinsniveau ausgearbeiteten Pfandbriefe eine Konvertierung in niedriger verzinsliche Papiere betreiben. Nachdem die Pommerische Landchaft auf der einen Seite ihren Hypothekenschuldnern eine Rückzahlungsmöglichkeit für ihre achtprozentigen Darlehen gewährt und ander-

seits den Pfandbriefgläubigern die achtprozentigen Goldpfandbriefe aufgekündigt hat und auch die Schlesische Landchaft ähnlich vorgeht, will nunmehr auch die Ostpreussische Landchaft alle achtprozentigen Golddarlehen ab 1. April d. J. in sechsprozentige umwandeln und entsprechend neue sechsprozentige Pfandbriefe in den Verkehr bringen. Im Gegensatz zu dem Vorgehen der beiden anderen Landchaften soll hier jedoch kein Umtausch in niedriger verzinsliche Pfandbriefe angeboten werden, sondern die Pfandbriefe sollen zum Nennwert ausgelöst, und die erforderlichen Mittel aus dem Auslande beschafft werden. Auch hier kann man von einer Entrechtung der Pfandbriefgläubiger nicht gut sprechen, wenn man das Vorgehen bei der Kündigung der zehnprozentigen Pfandbriefe billigt; denn hier wie dort stützt sich die Kündigung auf den gleichen Paragraphen in den Statuten der Landchaft.

Nach der Erfahrung, daß

der Appetit beim Essen kommt,

taucht aber nun in landwirtschaftlichen Schuldnerkreisen folgender Plan auf: Man möchte für alle über 6 Proz. verzinslichen langfristigen Schulden eine vorzeitige Ründigungsmöglichkeit schaffen, auch wenn die Verträge ausdrücklich eine solche ausschließen, und will sich zu diesem Zweck den § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches dienstbar machen. Dieser Paragraph, unter den Inflationsverhältnissen außer Kraft gesetzt, sollte in der Vorkriegszeit den Schuldner vor wucherlicher Ausbeutung durch die Gläubiger schützen, und zwar dadurch, daß jeder Schuldner jeden Vertrag, in dem mehr als 6 Proz. jährliche Zinsen für ein geliehenes Kapital ausbedungen waren, jederzeit mit sechsmonatiger Ründigungsfrist kündigen konnte. Nur für auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen galt dieser Paragraph nicht, und auch für den Emissionsmarkt hatte er bei den damaligen niedrigen Zinssätzen praktisch keine Bedeutung.

Die Wiederherstellung dieser alten Gesetzesbestimmung, die noch Wiederkehr eines gewissen Normalzustandes am Geld- und Kapitalmarkt für neue Verträge zu billigen wäre, darf aber — abgesehen von der Konsequenz für sämtliche zurückliegenden Schuldverträge — hinsichtlich der Pfandbriefaufkündigungen nicht nur vom Standpunkte der auf Zinsersleichterung hoffenden Hypothekenschuldner betrachtet werden, sondern vor allem auch von dem gerade entgegengesetzten Standpunkt der Hypotheken- bzw. Pfandbriefgläubiger. Das Gesetz, das den landwirtschaftlichen Schuldnern in Gestalt einer beträchtlichen Zinsersparnis durch die mit Hilfe des § 247 BGB.

herbeigeführte Zwangsrekonvertierung

gemacht würde, wäre gleichbedeutend mit einem Verlust der Hypothekengläubiger bzw. Pfandbriefbesitzer in gleicher Höhe. Wenn man sich auch über die Interessen der Gläubiger und alle Erwägungen bez. Recht und Billigkeit hinwegsetzen wollte, was man in anderen Fällen mit Staatsnotwendigkeiten notdürftig begründen konnte, so stehen einem solchen Plane doch schwere sachliche Bedenken entgegen.

Abgesehen von allen Zweifeln, die sich über Ausmaß und Zeitpunkt der Kündigung aller Schuldverhältnisse ergeben, würde eine allgemeine Zwangsrekonvertierung wahrscheinlich zu einer neuerlichen Zerrüttung der Verkehrssicherheit und des Kredits führen. Neue Zinspapiere, also auch neue Pfandbriefe, würden voraussichtlich für längere Zeit so gut wie unvertäuflich sein, und damit wäre auch wieder die Befriedigung des weiteren landwirtschaftlichen Kreditbedarfs selbst außerordentlich erschwert. Der Appetit, der sich bei der Landwirtschaft (speziell der hinter den Landchaften stehenden) beim Essen besonders schnell steigert, könnte den beteiligten Landwirten selbst u. U. also recht gefährlich werden.

Die ersten Schiffsahrtsabschlüsse.

Norddeutscher Lloyd 6 Prozent Dividende.

Für die deutsche Ueberseeschifffahrt war das vergangene Jahr wohl das an Konzentrationen, Konkurrenzkämpfen und Neubauten bewegteste Jahr ihrer Geschichte. Kaum daß der Norddeutsche Lloyd sich die Roland-Linie, die Hamburg-Bremen-Afrika-Linie und die Dampfschiffreederei Horn endgültig angegliedert hatte, folgte die Hamburg-Amerika-Linie mit der Fusion der Deutsch-Australischen und der Kosmos-Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Mit beiden Fusionen waren ganz beträchtliche Kapitalerhöhungen verknüpft: Der Norddeutsche Lloyd erhöhte von 52 auf 75 Millionen, die Hapag erhöhte um 55 Millionen auf 131 Millionen. Der Norddeutsche Lloyd holte den Vorprung der Hapag nicht durch neue Fusionen, wohl aber durch außerordentlich große Neubauten gegeben worden sind. Zur Finanzierung dieser Neubauten nahm er eine weitere Kapitalerhöhung um 80 auf 125 Millionen vor, womit der Lloyd nicht nur sein Vorkriegskapital wieder erreichte, sondern auch dem Kapital der Hamburger Konkurrenzin sich bis auf sechs Millionen wieder näherte.

Man weiß nicht, wie dieses Betrüben der beiden großen Reedereien ausgegangen wäre, wenn ihnen nicht eine völlig unerwartete und unerhörte Konjunktur, insbesondere im Gefolge des englischen Bergarbeiterstreiks, zugewachsen wäre. Das Passagiergeschäft, das für den Norddeutschen Lloyd sehr wichtig ist, erfuhr im Amerikaverkehr eine bedeutende Ausdehnung und auf der anderen Seite vollzogen sich im Frachtenindex unerhörte Sprünge nach oben. Im Verhältnis zu 1913 (= 100) sprang der Frachtenindex Januar-September von 93,6 auf 109,3, bis November auf 159,2 (!), um im Dezember wieder auf 129,4 zurückzugehen. Aus dieser Indexsteigerung ergab sich natürlich ein sehr ertragsreiches Geschäft, so daß die früher keineswegs sehr günstige Lage der deutschen Ueberseereederei eine ganz außerordentliche Besserung erfahren konnte. Diese günstige Lage erfuhr eine weitere Verbesserung durch die Subventionierung der Neubauten durch das Reich, die zwar äußerlich den Wertes helfen wollte, in sehr großem Ausmaß aber naturgemäß den Reedereien zugute kam.

Der endgültige Geschäftsbericht für den Norddeutschen Lloyd liegt noch nicht vor. Aber die aus der Aufsichtsratsitzung bekanntgegebenen Ziffern lassen bereits deutlich erkennen, daß trotz der gemaltigen Verbreiterung der Kapitalbasis sehr beträchtliche Gewinne zu verteilen sind. Nachdem der Norddeutsche Lloyd noch für das Jahr 1925 ohne Dividende abgeschlossen hat, werden für 1926 sechs Prozent Dividende verteilt. Der gesamte Betriebsgewinn wird mit 30,84 Millionen ausgewiesen. Von diesem Betriebsgewinn werden 12,59 Millionen, also ein sehr hoher Prozentsatz, auf den Schiffsbestand abgeschrieben. Außerdem werden dem Erneuerungsfonds noch 2,5 Millionen zugewiesen. Die flüssigen Mittel der Bilanz zeigen im Gefolge der großen Kapitalerhöhung, die zu hohen Kursen erfolgten und deren Gegenwert noch nicht ausgegeben ist, eine gewaltige Steigerung: Kassenbestand und Bankguthaben sind gegen das Vorjahr (541 Millionen) auf 88,45 Millionen erhöht. Eine Zwischenbilanz wies diesen Posten erst im Betrage von 21,65 Millionen aus. Wertpapiere und Beteiligungen sind mit 5,76 gegen 4,93 Millionen nicht bedeutend erhöht. Die stillen Reserven durch die Kurssteigerung wurden also nicht ausgeschöpft. Forderungen und Uebergangsposten werden mit 38,35 gegen 35,75 Millionen höher ausgewiesen. Aus dem Kursgewinnen der letzten Kapitalerhöhungen konnten dem Reservefonds 11,25 Millionen hinzugefügt werden, so daß dieser auf 17 Millionen anwuchs. Daß die Gewinne sehr beträchtlich gewesen sein müssen, beweisen die Passivposten. Langfristige Kredite sind von 38,2 auf 36,1 Millionen gesenkt. Kurzfristige Schulden von 36,94 auf 11,26 Millionen, also um über zwei Drittel ermäßigt. Da der Zuwachs der Bankguthaben bedeutend mehr beträgt als die nominale Kapitalerhöhung und die Kursgewinne, die besonders ausgewiesen worden sind, dürfte diese Verringerung der Passiven aus dem laufenden Geschäft möglich gewesen sein. Der Norddeutsche Lloyd würde also demnach eine noch höhere Dividende haben verteilen können. Auf den Geschäftsbericht des Norddeutschen Lloyd wird zu gegebener Zeit noch zurückzukommen sein.

Von zwei kleineren Gesellschaften liegen ebenfalls Dividendenbeschlüsse vor. Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Reptun“ bringt ihrer Generalversammlung, nachdem sie im Vorjahr noch ohne Dividende abgeschlossen hatte, nach erheblichen Abzählungen eine noch höhere Dividende als der Norddeutsche Lloyd, nämlich 10 Proz., in Vorschlag. Die kleine Globus-Reederei A.G., ebenfalls in Bremen, wird ihre fünfprozentige Dividende vom Vorjahr für 1926 auf 8 Proz. erhöhen. Damit liegen aus Bremen drei Gewinnabschlüsse vor, die sämtlich ein außerordentlich gutes Geschäft verraten. Man darf darauf gespannt sein, wie angesichts der Konkurrenz zwischen Bremen und Hamburg die Hamburger Schiffsahrtsabschlüsse ausfallen werden.

Wettlauf im Schiffbau.

Um mit ihrem Schiffsbestand nicht hinter der Konkurrenz zurückzubleiben, macht die Hapag große Anstrengungen, durch Neubauten ihren Schiffsparc zu ergänzen. Soeben beschloß der Aufsichtsrat der Hamburg-Amerikanischer Patefahrts-Aktiengesellschaft, sich von der ordentlichen Generalversammlung am 25. März die Ermächtigung erteilen zu lassen, 30 Millionen Mark neue Aktien auszugeben und so das Stammkapital auf 160 Millionen Mark zu erhöhen. Die neugeschaffenen Mittel sollen für ein Bauprogramm verwendet werden, das zur Ergänzung der bisherigen Flotte in Auftrag gegeben werden soll und aus folgenden Schiffen bestehen wird: 2 Motor-Passagierschiffe vom Typ Cleveland — diese werden je etwa 17 000 Tonnen groß sein und sind für die Nordatlantische Fahrt bestimmt — 6 Motor-Frachtschiffe von je 10 000 Tonnen Tragfähigkeit und 6 Frachtschiffe von je 5500 bis 6000 Tonnen Tragfähigkeit.

Wiederaufrichtung des Kartellbittels.

... nach der leichten Besserung der Konjunktur.

Als typisches Beispiel einer rückwärtsstolzen Kartellpolitik ist das Verhalten der Walzwerke der Halbmetallindustrie bei der jetzt erfolgten Preisfestsetzung anzusehen. Die Geschäftslage hatte sich seit Anfang des Jahres kaum etwas gebessert, als man auch schon wieder dazu übergeht, Konventionen festzusetzen und die Kartellherrschaft der Kartelle wieder aufzurichten. Im Herbst ver-

Bravo!!!

ruft jeder Raucher, der unsere

GOLD-SABA-4

aus unserer neuen leichten Mischung von Tabaken neuester Ernte probiert hat und sich von dem faszinierenden Aroma, der bekömmlichen Qualität und dem glatten weissen Brand überzeugen konnte

GARBÁTY

